

Stenographischer Bericht

66. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 24. November 2004

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Kasic.

Mitteilungen.

1. Bericht des Untersuchungs-Ausschusses des Steiermärkischen Landtages zur Klärung der politischen Verantwortung für die Missstände in Zusammenhang mit der ESTAG (Einl.-Zahl 1701/1).
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 3.
Beschlussfassung.
2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1970/1, betreffend Energie Steiermark Holding AG. und Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa).
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 3.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2042/1, betreffend Überprüfung der Energiepark Donawitz GmbH. & Co. KG.
Berichterstatter: Abg. Petinger.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 3: Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Drexler, Abg. Kröpfl, Abg. Wiedner, Abg. Gennaro, Abg. Bacher, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Prattes, Abg. Bittmann, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Straßberger, Abg. Petinger, Abg. Prattes, Abg. List, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Mag. Drexler, Landeshauptmann Klasnic, Abg. Gennaro.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Heute findet die 66. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist Herr Abgeordneter Wolfgang Kasic.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus!

Ich darf heute einem jungen Jubilar gratulieren.

Herr Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann vollendete am 11. November 2004 sein 60. Lebensjahr. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Ich sehe auf der Zuhörer- und Zuschauergalerie eine stattliche Anzahl von Damen und Herren des Seniorenbundes. Ich begrüße Sie sehr, sehr herzlich im Steiermärkischen Landtag. (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

Bei den Tagesordnungspunkten 1 bis 3 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

1. Bericht des Untersuchungs-Ausschusses des Steiermärkischen Landtages zur Klärung der politischen Verantwortung für die Missstände in Zusammenhang mit der ESTAG (Einl.-Zahl 1701/1).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (10.07 Uhr): Der Untersuchungs-Ausschuss zur Prüfung der politischen Verantwortung für die Missstände in der ESTAG hat insgesamt 20 Sitzungen durchgeführt, beginnend mit 3. Februar 2004 bis zum 17. November dieses Jahres. In der Untersuchungs-Ausschusssitzung am 17. November 2004 wurden darüber hinaus Minderheitsanträge folgender Abgeordneter gestellt:

Erstens: Minderheitsbericht der Abgeordneten Mag. Christopher Drexler, Johann Bacher, Benedikt Bittmann und Josef Straßberger.

Zweitens: Minderheitsbericht der Abgeordneten Walter Kröpfl, Kurt Gennaro und Erich Prattes.

Drittens: Minderheitsbericht der Abgeordneten Karl Wiedner und Waltraud Dietrich.

Der Untersuchungs-Ausschuss stellt auf Grund seines Beschlusses vom 17. November 2004 weiters den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die von ihr beschlossenen Leitlinien für die ESTAG NEU so weit zu konkretisieren, dass deren Einhaltung vom Beteiligungsreferenten in der Landesregierung auch überprüft werden kann; zweitens festzulegen, wie und wann sie jene Informationen erhält, die zur Überprüfung der Vorgaben notwendig sind; für die im Punkt vier der Leitlinien vorgesehene regelmäßige Berichterstattung an die Landesregierung sind konkrete Berichtspunkte vorzugeben, die sich auf die einzelnen Punkte der Vorgaben beziehen; drittens die politische Verantwortung so wahrzunehmen, dass die Mitglieder der Landesregierung sich in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen aktiv informieren, und nicht allfällige Mitteilungen über Fehlentwicklungen passiv abwarten; viertens für alle Unternehmen, an denen das Land Steiermark mehrheitlich beteiligt ist, verbindliche Unternehmenskonzepte (Ziele und Strategien) in der Satzung zu verankern; fünftens den Corporate Governance Kodex in die Satzungen und Geschäftsordnungen von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist sowie in Vorstandsverträge aufzunehmen und insbesondere Kreuzverflechtungen in Organen zu verunmöglichen und Vorteilsnahmen von Organmitgliedern auszuschließen; sechstens mit den Organen Vorstand und Aufsichtsrat sowie deren einzelnen Mitgliedern nur in der gesetzlich vorgesehenen Weise zu kommunizieren und a) insbesondere die Bestimmungen des Aktiengesetzes zu achten sowie b) Unternehmen des Landes als GmbH., und nicht als Aktiengesellschaft auszugestalten, wenn ein unmittelbarer Einfluss auf die Geschäftsführung des Unternehmens zweckmäßig erscheint; siebentens bei der Nominierung von Mitgliedern des Aufsichtsrates dafür Sorge zu tragen, dass diese einzeln und als Team über eine ausreichende Qualifikation verfügen; achtens zu gewährleisten, dass das Sponsoring durch Unternehmen des Landes ausschließlich nach unternehmenspolitischen Gesichtspunkten ausgerichtet wird. Es muss ausgeschlossen werden, dass Parteien und von der Landesregierung oder einzelner ihrer Mitglieder maßgeblich beeinflusste Aktivitäten gesponsert werden; neuntens Mitglieder des Vorstandes und sonstige Geschäftsführer nicht mehr auf Grund politischer Interventionen zu besetzen, sondern unter Beachtung einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen und externer Personalauswahlverfahren; zehntens Organhaftungsklagen gegen Organe beziehungsweise Mitglieder von Organen der ESTAG auf Grund des vom einschlägigen Rechnungshofbericht aufgezeigten Fehlverhaltens zu erheben und diese Entscheidung nicht auf den Vorstand abzuwälzen; elftens die im Jahre 2003 und die im Jahre 2004 bis zur Neubestellung der Vorstandsmitglieder Kailbauer und Maier tätigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in Wahrnehmung der Eigentümerfunktion in der Hauptversammlung nicht zu entlasten, um weiterhin die Möglichkeit zu haben, Schadenersatzansprüche geltend zu machen; zwölftens zwischen den Eigentümern und dem Vorstand zu vereinbaren, nach welchen Kriterien die Höhe der Dividenden ermittelt wird; die Verhandlungen zwischen Vorstand und Eigentümer-Vertretern haben diese Kriterien zu berücksichtigen und 13. dafür Sorge zu tragen, dass die zuständigen Mitglieder der Landesregierung die Ziele des Landesenergieplanes und der ESTAG wechselseitig aufeinander abstimmen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme. (10.13 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zur Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1970/1.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (10.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Rechnungshof wurde mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 7. Juli 2003 ersucht, die Gebarung der Energie Steiermark Holding AG. zu überprüfen. Das Prüfungsersuchen umfasste weiters die Beantwortung von 14 in einer Anlage zum gegenständlichen Schreiben übermittelten Fragen. Der Rechnungshof überprüfte daher von September bis November 2003 die Gebarung der ESTAG. Schwerpunkte der Überprüfung waren die Erreichung der vom Eigentümer und der ESTAG selbst gesetzten Ziele, die Unternehmensstruktur, die interne Organisation, die Unternehmensführung und die wirtschaftliche Entwicklung. In

dem 64-seitigen Bericht gab es einiges an Kritik durch den Rechnungshof. Mit den konkreten Inhalten hat sich der ESTAG-Untersuchungs-Ausschuss eingehend befasst. Unser Bericht ist unter anderem auch Gegenstand des heutigen Sonderlandtages.

Die Rechnungshofprüfung erstreckt sich aber auch auf die Joanneum Research Forschungsgesellschaft und wurden hier seitens des Rechnungshofes folgende Empfehlungen an die Gesellschaft hervorgerufen: Die Strukturbereinigung der Institute wäre weiter fortzusetzen, um die Ertragskraft der Institute zu steigern. Weiters wäre das Innovationspotenzial der Forschungsinstitute nur durch externe Gutachter zu evaluieren. Die Forschungsinstitute wären über Leistungsvereinbarungen zu führen. Controllingempfehlungen wären rascher und wirkungsvoller umzusetzen. Und schließlich wäre für die Mitarbeiter ein Anreizsystem zur Steigerung der Patenterfolge einzuführen.

Ich ersuche namens des Kontroll-Ausschusses um Annahme. (10.14 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen zur Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2042/1.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Petinger. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Petinger (10.15 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren der Landesregierung, sehr verehrte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 9. November 2004 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 116, betreffend die Überprüfung der Energiepark Donawitz GmbH. & Co. KG., Einl.-Zahl 2042/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Energiepark Donawitz GmbH. und Co. KG., wird zur Kenntnis genommen. Danke! (10.15 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zu den Wortmeldungen. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, bitte.

Abg. Hagenauer (10.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte einleitend kurz darstellen, was aus der Sicht der Grünen den ESTAG-Skandal ausmacht, nachdem jetzt der Untersuchungs-Ausschuss getagt und seine Beratungen abgeschlossen hat. Im Kern war der ESTAG-Skandal eben mehr als das und das ist uns immer wieder vorgehalten worden, was man in der Vergangenheit und in anderen Bundesländern auch findet. Zum Teil, weil dort durch den Eigentümer einfache Interventionen der Politik an der Tagesordnung waren, zum Teil, weil man einfach nur die Tarife, in dem Fall die Preise für Energie erhöht hat, wenn wieder kein Geld da war. Könnte man sagen, nichts Neues.

Was aber ist denn dann dazugekommen in dem konkreten Fall? Es war zuerst einmal ein scheinbarer und auch real ein Glücksfall, dass man ihn zu einem Zeitpunkt einen Anteil verkauft hat an der ESTAG, wo damals sehr viel Geld hereingekommen ist und in der Folge dann zwei Fehler erfolgt sind mit leider sehr negativen Auswirkungen. Der erste, man hat das ganze Geld im Unternehmen belassen, 5,6 Milliarden Schilling, wenn ich diesmal noch diese Währung verwenden darf. Das ist aus meiner Sicht mit Absicht erfolgt. Man wollte, um Zugriff auf das gesamte Geld zu haben, das lieber in der ESTAG belassen als man es dorthin transferiert hätte, zum Teil natürlich hat man in der ESTAG einen guten Teil dieses Geldes gebraucht, das steht außer Streit. Aber man hat alles dort gelassen und einen Teil dieser 5,6 Milliarden Schilling nicht hierher transferiert in diesen Raum, in den Landtag, in das Budget des Landes, das heißt, letztlich auch nicht transferiert zur Bevölkerung der Steiermark, zu den Steierinnen und Steirern. Und das aus gutem Grund, weil man sich aus meiner Überzeugung schon damals gesagt hat, „na, wir werden keine Öffentlichkeit brauchen, wie sie im Landtag ist, wir werden keine Kommentare brauchen, was man mit dem Geld alles machen könnte, wir werden keine Fragen von Landtagsabgeordneten brauchen. Wir machen uns das unter uns aus.“ Dazu hat man dann auch eine Holding gegründet mit Leuten, die sich nicht dadurch ausgezeichnet haben, dass sie besonders starke Persönlichkeiten und eigenständige Persönlichkeiten waren. Dazugekommen ist dann in so einer Situation das, was immer anzutreffen ist, nämlich wenn ich laufend im Zuge der Verwendung dieser 5,6 Milliarden etwas benötige von Organen jetzt in der ESTAG, wozu die eigentlich gar nicht berechtigt waren, weil nach dem Aktiengesetz sie ja dazu verpflichtet werden, auf ihr Unternehmen und nur auf den Gewinn zu schauen, wozu die also eigentlich berechtigt waren, wenn ich also Freunde brauche, dann haben solchen Freundesdienste immer ihren Preis. Und sei es nur dieser sehr, sehr hohe Preis, dass ich jemandem, den ich am Vortag angerufen habe und gesagt habe, geh, kannst nicht dort etwas sponsern, kannst nicht da dich beteiligen, kannst nicht den Menschen anstellen, du weißt eh, der ist so super, so jemandem kann ich nicht am Tag darauf sagen, lieber Freund, entweder die Kennzahlen stimmen jetzt, entweder das Unternehmen funktioniert oder du bist gefeuert. Das geht nicht! Im Gegenteil – die logische Folge ist dann, wenn es sich um gute Geschäftsleute handelt und das war zweifellos in einigen Fällen der Fall, die beginnen dann, mit sich selber Geschäfte zu machen. Darauf komme ich ja noch.

Dazugekommen ist dann weiters noch verschärfend eine Situation, eine Umwälzung in der ganzen Energiewirtschaft im Zuge der Liberalisierung, wo noch ein natürlich wesentlich rauerer Wind insgesamt zu wehen begonnen hat und wo dann ein bewährtes Instrument aus der Vergangenheit, nämlich dass man einfach die Strompreise erhöht oder die Gaspreise erhöht, wenn es nicht mehr läuft, so nicht mehr funktioniert hat, zumindest nicht bei den Großkunden. Bei den kleinen hat man es eh getan, wie wir in jüngster Zeit ja wieder mitbekommen haben.

Und am Ende noch zwei Punkte: Es ist auch ziemlich auffällig, dass hier eine Art von Provinztragödie sich insofern auch abgespielt hat, als hier Leute tätig waren, die sich – das ist a priori noch nichts Negatives – sehr gut persönlich gekannt haben, aber durch eine enge persönliche Freundschaft und durch eine Anhäufung von Funktionen immer dieselben Leute sich begegnet sind und dass es auch aus diesem Grund zu Unvereinbarkeiten und zu mangelnden Konsequenzen aus schweren Fehlentscheidungen gekommen ist und am Ende, das alles ist nicht vollständig, der Umstand des Beginns der ESTAG-Affäre und der Dauer und Heftigkeit dieser Affäre hat natürlich auch zu tun und ist nicht erklärbar ohne den Hinweis, dass es sich um schwere innerparteiliche Zerwürfnisse innerhalb der ÖVP gehandelt hat. Sie erinnern sich, Ex-Landesrat Hirschmann hat im Untersuchungs-Ausschuss selbst darauf hingewiesen, dass er in einem Gespräch mit mir, schon bevor er in die ESTAG gegangen ist, gesagt hat, ich würde mich noch wundern, was er dort alles machen wird. Die Krise hätte früher beendet werden können und dadurch wäre sicherlich auch der Schaden geringer zu halten gewesen. Schließlich wird hier auch sichtbar für die Grünen die Frage des Politikverständnisses insgesamt. Ich bin fest davon überzeugt, wenn politische Mandatare, Verantwortungs-träger hier am Werk gewesen wären, die eine inhaltliche Überzeugung in Sachen Energiepolitik gehabt hätten, auch in Sachen Sozialpolitik, dann wäre das Ausmaß zumindest dieser Fehlentwicklungen wesentlich geringer gewesen. Was aus unserer Sicht hier auch passiert ist, ist die Folge eines Politikverständnisses, das einfach darin besteht Macht anzuhäufen, dabei zu sein, seine Leute drinnen zu haben. Weil man kann es ja brauchen, wie man gesehen hat und überhaupt, es kann nicht schaden, wenn man jemand drinnen hat. Das steht hinter all diesen Sachen und Fehlentwicklungen.

Jetzt zum Einzelnen noch Ausführungen aus der Sicht der Grünen. In dem Bericht, den ich als Entwurf vorgelegt hatte, werden kritisch behandelt die Frage der Beteiligungen in der Branche und außerhalb der Branche und in dem Zusammenhang die Einflussnahmen auf Entscheidungen. Wie das gelaufen ist, hat Herr Ex-Landesrat Hirschmann an sich sehr treffend auf den Punkt gebracht, wenn ich ihn zitieren darf: „Es ist in Österreich völlig klar, dass ein Augenzwinkern genügt, um die Sache klarzustellen.“ Das war es. In der Tat ist es also zu massiven Interventionen gekommen von Mitgliedern der Landesregierung, aber auch Aufsichtsräte haben sich beteiligt an solchen Entscheidungen, etwas, was die Energie Graz angeht. An dem Punkt wird sichtbar, dass es immer ein Problem geben muss in einem derartigen Unternehmen, wenn die Entscheidungen nicht nach vorher festgelegten Verantwortungen erfolgen. Wenn es also nicht so läuft, dass man sagt, der entscheidet das, dann trägt er natürlich auch dafür die Verantwortung. Das andere Organ ist zuständig für die Kontrolle dieses entscheidenden Organs. Wenn so wie im Falle ESTAG die Prozesse quer dazu laufen, nämlich nicht, dass man sagt, das macht jetzt der Vorstand und der Aufsichtsrat kontrolliert diesen Vorstand und der Eigentümer schaut, ob sein Aufsichtsrat diese seine Kontrollfunktion auch ordentlich ausführt, sondern wenn es quer läuft etwa entlang von Parteigrenzen und sogar innerhalb von Parteien und darüber hinaus ganz eigene Seilschaften am Werk sind, dann kann ja die Kontrolle nicht funktionieren. Dann kann ja auch keine ordentliche Entscheidung gefällt werden, weil ja nie klar ist, wer ist am Ende derjenige, der das auszubaden hat. Es ist daher bei Beteiligungen nicht so sehr darum gegangen, dass man in einzelnen Fällen sich an Unternehmen beteiligt hat, wo man gesagt hat, das ist eine Katastrophe.

Ich nenne zum Beispiel das Cargo-Center, das ich als Grüner unterstützt hätte. Ich hätte auch Ottendorf unterstützt. Selbst die Styrian Airways halte ich für eine positive Einrichtung. Aber: Es geht nicht an, dass man den Vorstand jahrelang diskutieren lässt, ob das jetzt gescheit ist oder nicht, ob sich da die ESTAG nicht übernimmt und dadurch den Vorstand lähmt, es geht nicht an, dass man nicht selbst als Eigentümer dafür die Verantwortung übernimmt und sagt, ja, wir wollen das. Wir wollen, dass ihr auch in die Thermen hineingeht und dann aber sich als Eigentümer wieder zurückzieht und nicht weiter immer Zurufe tätigt, sondern sagt, das macht ihr jetzt, das ist euer Auftrag und wenn ihr den gut erledigt habt, dann ist die Sache in Ordnung und wenn nicht, dann müsst ihr mit einer Abberufung rechnen.

Der nächste Punkt: Personalentscheidungen. Auch ein Zitat von Herrn Exvorstand Fehring, sehr bezeichnend: „Ich habe natürlich angenommen, dass das der Wunsch des eigentlichen Eigentümers ist, den er transferiert.“ Gemeint war damals Herr Ertler.

Nächster Punkt in dem Zusammenhang bei Einflussnahmen, die Nominierung von ehemaligen Landesregierungsmitgliedern. Zitat von Herrn Landeshauptfraustellvertreter Voves dazu: „Es war der Wille der Frau Landeshauptfrau und auch meiner, dass diese beiden Herren in die Energiewirtschaft gehen sollen.“ Genau so war es. Wozu macht man dann aber Ausschreibungen und beleidigt und führt in die Irre die ganze Öffentlichkeit? Ähnliche Fälle haben sich dann noch in anderen Bereichen zugetragen, wie etwa bei der Bestellung des Geschäftsführers der Energie Graz. Auch dazu noch kurz ein Zitat von Herrn Aufsichtsrat Raidl: „Direktor Fehring hat sich bei mir bitter beschwert, dass er hier unter politischem Druck steht und deswegen diese Nominierung durchdrücken muss.“

Im Bericht wird dann auch behandelt die Rolle und Verantwortung der Organe. Da ist insbesondere beim Vorstand schon im Rechnungshof und in der aktienrechtlichen Sonderprüfung sehr negativ herausgestrichen worden, dass es keine Führungsinstrumente gegeben hat. Sicherlich auch eine Folge dessen, was ich

eingangs schon dargestellt habe. Wenn der Vorstand nicht den Auftrag hatte, das Unternehmen zu führen, sondern sich bewusst war, dass die Führung des Unternehmens eigentlich in der Landesregierung, in Mitgliedern der Landesregierung, in Zurufen besteht, hat das durchaus seinen Sinn. Ein Vorstand auch einer anderen Energiegesellschaft, einer Landesgesellschaft, der weiß, auch sein Eigentümer ist die Politik, aber er wird verantwortlich gemacht für das, was er mit seinem Unternehmen zustande bringt. Der wird trotzdem genau diese Führungsinstrumente einrichten. Aber ein Vorstand, den man sich gezielt ausgesucht hat, damit er das Unternehmen nicht führt, der macht natürlich auch keine Führungsinstrumente. Der richtet auch kein Controlling ein. Der macht auch keine Zielvorgaben. Wie sollte er denn auch? Ist ja nicht erwünscht.

Anmerkung zum Kapitel Sponsoring. Das waren natürlich keine Unsummen, aber es war trotzdem bezeichnend, wie man vorgegangen ist. Es war trotzdem bezeichnend, dass irgendwann einmal ein Aufsichtsratsmitglied sagt: „Ja, sollen wir nicht höhere Dividenden ausschütten?“ Der Vorstand verbringt ja die Hälfte Zeit nur mit Sponsoringanträgen bis hin zu den Spesen. Es hat einmal eine Zeit lang eine Debatte gegeben: Ja, war das überhaupt ein Skandal? Natürlich ist das ein Skandal, wenn man Spesen allein in dem Ausmaß ausgibt. Wenn man damit zeigt, wie sehr man die Verantwortung für die einzelnen Euros, die man den Strombeziehern abknöpft, in Wirklichkeit nicht bereit ist wahrzunehmen und nicht versteht.

Zum Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat ist über weite Strecken übergangen worden, zu spät informiert worden. Hat seine Aufgabe als kontrollierendes und daher zentrales Organ nicht wahrgenommen. Hat sich selber auch bezeichnenderweise sehr oft als ein Ehrenamt bezeichnet. Eine völlig überholte Einstellung. Einige Mitglieder des Aufsichtsrates waren sich dessen wohl auch bewusst, aber es ist ihnen keine bessere Ausrede eingefallen.

Als Nächstes die fehlende Strategie. Das ist jetzt unmittelbar die Verantwortung der Politik der Landesregierung und war auch einer der Gründe, weshalb wir uns im Ausschuss leider nicht auf einen gemeinsamen Bericht einigen konnten. Das war mit den Grünen nicht zu machen, dass man die Landesregierung als Ganzes nicht auch in die Verantwortung nimmt, nämlich bei zwei Punkten, dass man dem Unternehmen, das ja dem Land gehört, keine Vorgaben gemacht hat in Form einer Strategie und dass man nicht bereit war, in den Bericht einen Passus hineinzunehmen, dass man die Verantwortung für die Aufsichtsräte trägt. Es geht ja nicht an, dass ich darauf bestehe, jemanden von meiner Parteifarbe hineinzusenden und dann zu sagen, nein, ich bin aber nicht zuständig, der Eigentümerversorger ist es.

Die Vorteilsnahmen kurz angesprochen: Auch hier hat es Uneinigkeit gegeben, was den Bericht angeht, und schließlich das Krisenmanagement, das einen Zeitraum betroffen hat, wo der Ausschuss eigentlich nicht mehr zuständig war, aber wir das dennoch behandelt haben und daher auch in den Minderheitsberichten beziehungsweise in meinem Entwurf vorgekommen ist. Ich habe es eingangs schon erwähnt: Die Rolle der Frau Landeshauptfrau war diejenige, wenn man das kritisch beleuchtet, dass die Krise hätte früher beendet werden können, insbesondere hat die Frau Landeshauptfrau am Beginn durchaus interveniert, Stichwort etwa „Corporate Governance“, hat dann wieder dem Landesrat Pailer das Feld überlassen und hat viel zu spät das getan, was am Ende erst passiert ist, nämlich dass sie ihre Kompetenz, also die Kompetenz als Beteiligungsreferentin an sich gezogen hat. Das hätte früher passieren müssen. Damit hätte auch die Krise früher beendet werden können.

Ähnliches ist kritisch anzumerken. Die Berufung der neuen Vorstände ist sicherlich nicht optimal gelaufen. Da hat es noch einmal einen Konflikt gegeben, der eigentlich vermeidbar war und dasselbe gilt für das Kapitel Strompreise. Es war aus unserer Sicht ein Unding, mitten in der ESTAG-Krise beziehungsweise vor Beendigung dieser Krise eine Strompreiserhöhung in Kauf zu nehmen, anstatt einfach noch einmal ein paar Monate zu warten.

Ich komme damit zum Ende meiner Ausführungen, Herr Präsident. Ich möchte noch etwas kurz sagen zum Kapitel Organhaftung. Sie haben von mir vorhin diese 13 Punkte gehört. Wenn man sich die einzeln anschaut ist da sicherlich einiges dabei, wo man zu Recht annehmen muss und darf, hier wendet sich etwas zum Besseren. Das ist, denke ich, dem Ausschuss zugute zu halten und den dort vertretenen Parteien, dass sie bereit sind, hier Konsequenzen zu ziehen und Maßnahmen zu setzen aus der ESTAG-Affäre. Schwieriger war es, wie gesagt, beim Eingeständnis von Schuld, was ja ein wesentlicher Grund war, dass wir heute keinen gemeinsamen Bericht haben. Bei der Schuldzuweisung und Eingeständnis an amtierende Regierungsglieder tut man sich ein bisschen schwer scheinbar.

Und ein weiterer Punkt und Konsequenz aus dieser ESTAG-Affäre wäre eben die Erhebung von Klagen gewesen, und zwar nicht, weil man sich hier besonders viel Geld zurückholen kann, das wird nicht möglich sein, leider, aber um ein Zeichen zu setzen, mit dem erreicht werden kann, dass in Zukunft ähnliche Fehlentwicklungen ausgeschlossen werden. Es ist die Beispielswirkung, die hier das gerechtfertigt hätte. Es wäre auch kein unvertretbares wirtschaftliches Risiko gewesen. Das sagt Ihnen jeder Anwalt, dass nämlich, wenn man diese Klage gezielt macht, (Präsident: „Wenn Sie bitte zum Schluss kommen, Herr Abgeordneter!“) die Personen einschränkt, dass man dann ein wirtschaftliches Risiko hat, das durchaus vertretbar war.

Bedauerlicherweise hat die Landesregierung beziehungsweise die Mehrheit in der Landesregierung, die ÖVP und die Frau Landeshauptfrau, es verabsäumt, sich auf das einzulassen. Ich bin mir bewusst, dass das schwer ist. Man riskiert, dass diese ehemaligen Organe dann, um ihre Haut zu retten, vor Gericht Dinge sagen, die sie bis jetzt nicht gesagt haben. Das ist mir schon klar. So ist das. Trotzdem wäre es konsequent gewesen, diese Anklage zu erheben. Und wenn man das schon nicht will, dann hätte man dafür logischer-

weise die Verantwortung übernehmen müssen und sagen müssen, ja, gut, der hat in meinem Auftrag gehandelt. Die Vorstände sind en bloc entlassen beziehungsweise suspendiert worden und das ist in meinem Auftrag geschehen. (Präsident: „Herr Abgeordneter, bitte zum Schluss zu kommen!“)

Und jetzt komme ich tatsächlich zum Schluss. Ein eigenes Kapitel ist dann der Umstand, dass ein Regierungsmitglied, nämlich – ich meine – die Frau Landeshauptfrau hergeht und sagt, wisst ihr was, lieber Landtag, ihr könnt beschließen, was ihr wollt. Haut euch über die Häuser, wir haben die Mehrheit! Das ist der Grund für einen Misstrauensantrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Grund! Es ist schon richtig, dass das in der Vergangenheit erfolgt ist, die Missachtung derartiger Beschlüsse. Es ist, wie Sie sich erinnern können, auch leidenschaftlich darüber schon diskutiert worden, aber in einer derartigen ernstlichen Sache das zu tun, ist nicht akzeptabel (Präsident: „Ich ersuche um eine weitere Wortmeldung, Herr Abgeordneter, Sie haben bereits mehrere Minuten überzogen!“) und daher werden wir den Misstrauensantrag heute einbringen, auch wenn er hier jetzt in dieser Sitzung nicht abgestimmt werden kann. Danke, Herr Präsident! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 10.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Drexler. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Mag. Drexler (10.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren!

Wir sind heute zusammengelassen zu diesem Sonderlandtag, um über die so genannte ESTAG-Angelegenheit und darüber, was der Untersuchungs-Ausschuss zutage gefördert hat, zu beraten. Ich darf Ihnen eines sagen, ich hoffe, dass bis zu einem gewissen Maß heute am Ende dieser Debatte ein Schlussvorhang fällt in dieser Debatte bis zu einem gewissen Maß. Aber dass ein Schlussvorhang fällt und das hat einen Grund. Was vor eineinhalb Jahren als sehr ernstes Theaterstück begonnen hat, ist irgendwie zur tragikomischen Operette geworden. Meine Damen und Herren, Sie werden heute noch Beiträge hören, die eines klar machen, grüß Gott, der Wahlkampf ist da. Wir werden heute ein Wahlkampfspektakel in allererster Linie erleben und daher sage ich, wenn der Schlussvorhang fällt in dieser Debatte, kann ich nur mit Klaus Wowereit sagen, „Und das ist gut so“.

Warum? Es geht längst nicht mehr um die Sache. (Abg. Wiedner: „Das ist aber ein anderer Zusammenhang!“)

Karl, es geht längst nicht mehr um die Sache. Der Wahlkampf hat begonnen und das wird die heutige Debatte in allererster Linie heute prägen. (Abg. Wiedner: „Du bist ein kleiner Profi!“)

Und, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, bevor ich auf die Details dieser Angelegenheit, auf den Untersuchungs-Ausschuss, auf die Minderheitsberichte und auf die heute abzustimmenden Anträge komme, erlauben Sie mir ein paar Feststellungen. In diesem nun bereits begonnenen Vorwahlkampf ist eines klar festzustellen, vom Neuwahlantrag begonnen, die SPÖ treibt es am schlimmsten.

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Maß an Doppelbödigkeit erreicht worden gerade in den letzten Tagen – und ich werde Ihnen das Schritt für Schritt nachweisen –, ein Maß an Doppelbödigkeit erreicht worden, das jeder Beschreibung spottet. Erstens, die SPÖ ist die verbliebene politische Kraft in diesem Landtag, der es jedenfalls an einem mangelt, nämlich an politischer Hygiene beziehungsweise an politischem Hygienebewusstsein.

Wie anders ist es denkbar, dass einer der wesentlichen Schlüsselspieler dieser so genannten ESTAG-Angelegenheit, und ich sage gerade in seinem Zusammenhang ganz bewusst nicht ESTAG-Skandal, weil er es immer bestritten hat, dass es ein Skandal ist, wie ist es sonst denkbar, dass einer der wesentlichsten Schlüsselspieler dieser ganzen ESTAG-Angelegenheit, der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende, spätere Stellvertreter Heinz Hofer, am kommenden Samstag zum Parteikassier der SPÖ gewählt wird? (Abg. Bacher: „Ein Wahnsinn! Wie ist das möglich?“) Ist ja unerhört. Wie ist es denkbar, dass Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, am 6. Oktober dieses Jahres angekündigt haben, Heinzl und Hofer ziehen sich zurück aus den Aufsichtsräten. Heinzl und Hofer ziehen sich zurück aus den Aufsichtsräten! (Abg. Tasch: „Das kommt von Flecker! Ist ihm auch nicht gelungen!“)

Gelingt ihm selten! Der ist aber jetzt schon gegangen, der Landesrat Flecker ist schon gegangen, weil er sich dieses Schauspiel ersparen will. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Sicherheit, und manches Mal wird man abergläubisch. Ich habe mir gestern einen Firmenbuchauszug besorgt und ich habe mir heute noch einen besorgt, weil ich habe mir gedacht, vielleicht ist über Nacht reagiert worden von der hohen Sozialdemokratie. Auch der heutige Firmenbuchauszug der steirischen Gas-Wärme zeigt als Aufsichtsratsmitglied Dr. Heinz Hofer. Herr Landeshauptmannstellvertreter, hören Sie auf mit diesem Doppelspiel. Hören Sie auf mit dieser Doppelbödigkeit. Zweitens, es geht ja noch weiter. Es gibt nur Doppelspiel. Es gibt eigentlich nur Doppelspiel. Manche Untersuchungs-Ausschussmitglieder werden sich erinnern, und wir kommen ja dann zu den Beschlusspunkten, dass die Freiheitliche Partei, zu der ich auch noch sprechen werde, einen Antrag eingebracht hat im Untersuchungs-Ausschuss, einen – ich glaube, mittlerweile ist es der Punkt zwölf der Beschlussanträge, euer Antrag ging dahin, kein einziges Vorstandsmitglied, kein einziges Aufsichtsratsmitglied, das 2003 und 2004 bis zur Bestellung des neuen Vorstands Verantwortung gehabt hat, zu entlasten – kein einziges Mitglied zu entlasten. Zustimmung gefunden der SPÖ, auch der Grünen. Gleichzeitig spielen Sie sich, Herr Voves, auf als der Pflichtverteidiger des Aufdeckers, als der Beschützer nicht nur mehr der

Waisen und Witwen, sondern auch der gnadenlosen Aufdecker in der ESTAG-Angelegenheit und sagen, wir wollen Hirschmann entlasten. Ein Doppelspiel, wie es eigentlich schöner nicht arrangiert sein könnte. Ist nicht schlecht, vor allem, wenn es um Missachtung des Landtags heute noch gehen wird. Ich bin ja gespannt, wie die SPÖ heute abstimmt. Wahrscheinlich wird Ihre Fraktion gegen Sie abstimmen. Ich hoffe, am Samstag geht es Ihnen besser. Zweitens, Sie wählen einen Ehrenvorsitzenden am Samstag. Der Ehrenvorsitzende, ehemalige Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, der in diesen letzten Monaten, in der Zeit als Interimsvorstand und auch als Aufsichtsratsvorsitzenderstellvertreter unseres Erachtens solide und tüchtige Arbeit geleistet hat gemeinsam mit dem neuen Team dort. (Abg. Schrittwieser: „Wenn ich höre, was Sie alles gesagt haben!“)

Siegi, du kommst aus der Zwickmühle nicht raus, du warst nicht im Untersuchungs-Ausschuss, du kommst erst jetzt drauf, was dort alles passiert ist. Du kommst aus der Zwickmühle nicht raus.

Sie wollen ihn nicht entlasten, aber werden ihm dann wahrscheinlich mit Tränen in den Augen gratulieren zur überzeugenden Bestellung als Ehrenvorsitzenden. Das ist ein Maß an Doppelbödigkeit, das wir uns jedenfalls nicht mehr gefallen lassen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Wiedner: „Hast du kein Telegramm bekommen?“)

Dritter Punkt zur SPÖ:

Ich schließe kein Telegramm aus, nein, Karl, vielleicht beglückwünschen wir dann.

Dritter Punkt zur SPÖ, und da demaskiert sich die SPÖ, die seit eineinhalb Jahren versucht, aus dieser Angelegenheit wahltaktisches Kapital zu schlagen. Da demaskiert sie sich nämlich mit dem Minderheitenbericht, der heute eingebracht wird.

Ich stehe nicht an zu sagen – und ich habe es vorher schon immer gesagt –, der Berichtsentwurf des Kollegen Hagenauer war eine solide Verhandlungsgrundlage und ich werde auch darauf noch zu sprechen kommen. Und einige Abänderungsanträge der SPÖ und der FPÖ wurden im Untersuchungs-Ausschuss mit den Stimmen der Grünen und der ÖVP abgelehnt. Das hat natürlich den Kollegen Hagenauer sofort in den Verdacht gebracht, dass es jetzt eine schwarz-grüne Packelei gibt. Ich meine, erstens einmal, es ist eigentlich eine Beleidigung, weil der Kollege Hagenauer ist sicher intelligent genug, nicht mit der ÖVP in dieser Angelegenheit zu packeln, Punkt eins. (Abg. Böhmer: „Das ist sehr gut!“)

Punkt zwei: Warum sind diese Anträge abgelehnt worden und jetzt haben sie Eingang gefunden in diesen Minderheitsbericht? Warum? Was hier am Hagenauer-Bericht herumgeschmisselt und zum Teil hineingefügt wurde in diesen Minderheitsbericht, macht diesen Antrag zu einem pamphletartigen Wahlkampfpapier, das in diesem Land keinen Vergleich hat. Ein pamphletartiges Wahlkampfpapier – Sie sind mir nicht böse, ich muss auch darauf hinweisen – ist sprachlich und stilistisch nicht nur ein Bruch zum Hagenauer-Text, sondern insgesamt nicht besonders hervorstechend. Vielleicht hätte man gleich den Master-Mind der steirischen Sozialdemokratie, den von mir so geschätzten Landesrat Flecker, zur Feder greifen lassen sollen. (Landesrat Dr. Flecker: „Sie haben mit dem Schauspiel recht gehabt!“) Vielleicht hätten Sie, Herr Landesrat, zur Feder greifen sollen, dann wäre der Minderheitsbericht der SPÖ noch immer ein Pamphlet gewesen, aber er wäre möglicherweise gut lesbar gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat auch weitere Fraktionen im Untersuchungs-Ausschuss gegeben. Die Freiheitliche Partei, die hier natürlich in einer besonders schwierigen Zwickmühle ist. Warum? Ein Hin-und-Her-Gerissen und wir erleben es jetzt im Wochenrhythmus. Hin- und hergerissen zwischen der Rolle als verantwortungsvolle staatstragende Regierungspartei und der leisen und lauen Erinnerung an vermeintlich gute alte Zeiten als Protestpartei. (Abg. Wiedner: „Erkläre uns das bitte!“) Hin- und hergerissen zwischen diesen zwei Polen hat die Freiheitliche Partei sich im Untersuchungs-Ausschuss eher mit der SPÖ auf ein Packerl geschmissen, sehr schön, ist nicht schlecht, kann man machen, ist natürlich keine Frage, aber es hat im Endeffekt zu einem ähnlichen Minderheitsbericht geführt, wie ihn auch die SPÖ eingebracht hat und auch für die Freiheitlichen gilt, na klar, ähnlich. Ihr habt unterschiedliche Personen unterschiedlich stark betont. Das ist richtig. Unterm Strich: Auch die Freiheitlichen glauben, hier Wahlkampfmunition geliefert zu bekommen. Das werden wir heute noch hören. Und im Endeffekt der Beweis dafür, ehe ich zu den Grünen komme, dafür, dass es hier längst nicht mehr um die Sache geht, sondern um Wahlkampf geht, ist ja das, dass in der Eitelkeit der drei Oppositionsfraktionen, die es in diesem Ausschuss gegeben hat, in der Eitelkeit der Fraktionen jeder der Oberaufdecker sein wollte und das hat im Endeffekt auch dazu geführt, dass es keinen gemeinsamen Bericht gibt. (Abg. Wiedner: „Das heißt, dass ihr die Zudecker wart?“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grünen in der Person des Vorsitzenden des Untersuchungs-Ausschusses Peter Hagenauer haben lange diesem Wahlkampfgetöse widerstanden. Es ist festzustellen, dass es eine faire und umsichtige Vorsitzführung durch den Kollegen Hagenauer gegeben hat und bis zur Einbringung des Endberichtes, des Entwurfes des Endberichtes, ist es eigentlich eine lange Kette, wo man gesehen hat, dass es den Grünen tatsächlich lange Zeit um die Sache gegangen ist. Und ich sage zum zweiten Mal: Der Berichtsentwurf der Grünen war eine solide oder wäre eine solide Verhandlungsgrundlage gewesen. Aber gegen Ende der ganzen Debatte haben sie sich auch vom Wahlkampfbazillus infizieren lassen. Das mündet heute in dem Minderheitsbericht nicht, weil da gibt es keinen von den Grünen mangels Masse im Ausschuss, sondern das mündet heute in diesem Misstrauensantrag. Und gerade weil ich weiß, dass die Grünen eine Fraktion sind, die an sich selten unüberlegt handeln, nicht immer zu den gleichen Schlüssen kommen wie wir, aber in aller Regel erst zu nehmende Diskussionskombattanten sind (Abg. Wiedner: „Jetzt ist es aber genug des Lobes!“), gerade deswegen sage ich: Überlegen Sie sich das Instrument des Misstrauens-

antrages sehr genau. Wir haben in der letzten Landtagssitzung einen Misstrauensantrag gegen Landeshauptmannstellvertreter Schögggl gehabt, der ist heute entschuldigt offensichtlich, ist nämlich abgelehnt worden, der Misstrauensantrag, er dürfte noch auf der Bank sitzen. Sie bringen heute einen Misstrauensantrag gegen Landeshauptmann Waltraud Klasnic ein und ich empfehle Ihnen nur, überlegen Sie sich die Misstrauensanträge gut, das ist das schärfste parlamentarische Mittel, das ist die schärfste Waffe in der Demokratie, entwerfen wir sie nicht leichtfertig, begehen wir nicht leichtfertig Inflation an Misstrauensanträgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist keine große Überraschung, dass für die ÖVP, für die steirische Volkspartei diese Angelegenheit nicht leicht war, aber ich sage Ihnen auch gleich eines: Machen Sie sich nicht zu viele Sorgen um die steirische Volkspartei, wie es beim Kollegen Hagenauer durchgeklungen ist und hören Sie auf mit den Krokodilstränen, die Sie ehemaligen Regierungsmitgliedern der ÖVP nachweinen. Sehr schön, wenn Sie spät aber doch draufkommen, dass das exzellente Regierungsmitglieder waren, aber machen Sie sich keine Sorgen um die ÖVP, wir haben auch jetzt ein exzellentes Team, exzellente Regierungsmitglieder und wir nehmen Verantwortung für dieses Land wahr. (Beifall bei der ÖVP.)

Hätte es eines Beweises bedurft, die stringente Haltung der steirischen Volkspartei in dieser ganzen Angelegenheit ist der Beweis dafür, dass wir Verantwortung für dieses Land wahrnehmen wollen. Verantwortung für dieses Land, Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger und in dieser konkreten Angelegenheit auch Verantwortung für dieses Unternehmen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. (Beifall bei der ÖVP.)

Es haben nämlich manche in diesem Raum vergessen, wenn sie von ESTAG-Blitzen sprechen, die irgendwelche Zettel treffen oder sonst irgendetwas. Das haben sie vergessen, wenn es darum geht, hier über diese Angelegenheit zu sprechen. Das ist nicht nur irgendein anonymes Wesen dort draussen, diese ESTAG, das ist nicht nur ein Palais, wo irgendwelche Menschen sind. Das ist auch ein Unternehmen aus Fleisch und Blut und daher müssen wir Verantwortung für dieses Unternehmen übernehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir waren nichtsdestotrotz von Anfang an an lückenloser Aufklärung interessiert. Ja natürlich waren wir für einen Rechnungshofbericht. Natürlich haben wir mitgestimmt, als es darum ging, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Natürlich haben wir mit der Frau Landeshauptmann an der Spitze eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die in Wahrheit sichergestellt haben, dass das Unternehmen jetzt auf einem guten Gelände läuft und dass wir Gott sei Dank zuversichtlich in die Zukunft schauen können. Ich zähle Ihnen nicht zum wiederholten Male die Liste auf. Vom Corporate Governance Kodex, von den Umgruppierungen im Vorstand und Aufsichtsrat. Es ist alles schon vielfach gesagt. Unsere Linie, unser roter Faden in der ESTAG-Angelegenheit war die Linie der Verantwortung und der bleiben wir treu. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe gesagt, wir haben es uns nicht leicht gemacht. Ja bitte schön, für uns wäre es das Leichteste gewesen, den Entwurf des Peter Hagenauer zurückzuweisen, weil da natürlich die Landesregierung angesprochen ist, weil natürlich auch unsere Mitglieder der Landesregierung angesprochen sind. Nur, das sind Mitglieder der Landesregierung und das ist eine Frau Landeshauptmann, die sich weder im Untersuchungsausschuss noch hier im Haus bei den unzähligen Dringlichen Anfragen, die Sie zu dem Thema gestellt haben, unsere Frau Landeshauptmann und unsere Regierungsmitglieder haben sich noch nie vor der Verantwortung gedrückt und daher haben wir natürlich auch dem Hagenauer-Entwurf attestiert, dass es eine solide Verhandlungsgrundlage ist. Wir sind nicht wehleidig in dieser Angelegenheit, weil Verantwortung heißt auch, sich zur Verantwortung zu bekennen. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher wundert es mich, wir haben durchgezählt, unser Minderheitsbericht, den wir heute einbringen, ist zu 97,34 Prozent exakt der Text der grünen Fraktion, der Text des Kollegen Hagenauer.

Ich habe immer gesagt, zu 95 Prozent, dann haben wir nachgerechnet, es sind 97,34 Prozent. Und ich weiß schon, dass das möglicherweise als billiger Vergleich bezeichnet wird oder als billiges Beispiel. Es geht nicht nur um die Quantität, es geht auch um die Qualität. Und es mag der eine oder andere Absatz dabei sein in unserer Fassung oder nicht dabei sein, der dem Kollegen Hagenauer weh tut, dass er nicht drinnen ist. Aber ich glaube, und das ist bemerkenswert, unser Minderheitsbericht ist jedenfalls inhaltlich und quantitativ am nächsten beim Entwurf der Grünen und damit ist viel für die politische Kultur in diesem Land gesagt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Es ist ein Thema angesprochen worden, die so genannten Organhaftungsklagen. Und genau bei diesem Thema findet die Linie der Verantwortung ihre Vollendung, wenn man es so will. Warum haben wir nach reiflicher Überlegung gesagt, keine Organhaftungsklagen, nachdem ja die Kronjuristen dieses Landes, Landeshauptmannstellvertreter Schögggl und andere bereits am Tag nach dem Rechnungshofbericht gesagt haben, klagen, klagen, klagen, alle klagen, sofort klagen, alle klagen. Die SPÖ will mittlerweile nur mehr eine Klage erheben. Das ist ja alles in einer gewissen Spannweite. Alles aber sicher unverantwortlich. Warum haben wir am Ende gesagt, nicht klagen? Ich habe schon gesagt, das ist eine Frage, die wir uns getrauen, jeder Steirerin und jedem Steirer zu stellen. Wenn Sie fünf Anwälte haben, die Ihnen sagen, klagen Sie nicht und Sie haben keine Rechtsschutzversicherung, die im Zweifel das Abenteuer brennt, würden Sie persönlich selbst eine Klage erheben? Ich habe noch niemanden gefunden, der mir darauf mit ja geantwortet hat. Und was im Kleinen gilt, gilt auch in der Verantwortung für das Land und für das Unternehmen, daher war das eine kluge und vernünftige Entscheidung. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gäbe noch viel zu sagen, es war eine lange Geschichte, die uns hier beschäftigt hat. Ich glaube, dass wir aufpassen sollten und ich appelliere an die anderen Fraktionen, dieses Thema nicht allein als Wahlkampfmunition zu verwenden, denn es ist zu wichtig, die Sache, um die es geht. Dennoch wird heute das Gegenteil passieren. Wir werden durchaus mit vielen lehrreichen Erfahrungen zusätzlich ausgestattet aus den letzten eineinhalb Jahren. Und ich habe auch gestern gesagt, es gibt natürlich einen kulturellen Wandel in öffentlichen Unternehmungen als Ergebnis dieser Angelegenheit. Aber wir werden weiterhin als steirische Volkspartei mit Waltraud Klasnic an der Spitze die Verantwortung für das Land über das wahltaktische Kalkül stellen. Das ist unser Markenzeichen und dieses Markenzeichen sind wir stolz zu tragen, so wie unsere Landesfarben. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 11.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Kröpfl. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Kröpfl (11.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wenn sich der Herr Klubobmann Drexler hier herstellt und sagt, das war alles ein Theater und das ist mutiert zu einer Operette, dann muss ich sagen, freilich, ich verstehe das schon, das wäre der ÖVP am liebsten, dass wir heute hier den Vorhang zumachen und so tun, wie wenn bei der ganzen Geschichte nichts gewesen wäre und alles ist vorbei. Lieber Kollege Drexler, dem ist leider nicht so. Wir haben zu Beginn dieses Untersuchungs-Ausschusses mit einer Presseaussendung gestartet und dort haben wir die Überschrift gewählt: „Erwarten uns vom Untersuchungs-Ausschuss zur ESTAG lückenlose Aufklärung“. Das war unser damaliger Titel. (Abg. Riebenbauer: „Da habt ihr aber nichts dazu beigetragen!“)

Unser gestriger Titel bei der Presseaussendung hat gelautet: „Klasnics Krisenmanagement hat dem Land Schaden zugefügt.“ Und das nach immerhin mehr als neun Monaten Verhandlungen im Untersuchungs-Ausschuss, das nach 20 Sitzungen, nach Aktenstudium und so weiter. Für uns stellt sich eindeutig heraus, wer in diesem ESTAG-Skandal, in dieser Affäre die Verantwortung trägt. Wir sind damit angetreten und wollten nach Auftrag des Landtages die politische Verantwortung in diesem Untersuchungs-Ausschuss klären. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sind für eine lückenlose Aufklärung eingetreten, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass wir beide Ziele erreicht haben. Die Causa ESTAG wurde durch den Untersuchungs-Ausschuss weitestgehend aufgearbeitet und die politische Verantwortung, wie ich schon gesagt habe, wurde eindeutig festgemacht an zwei Namen, an Paieryl und an Klasnic. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Herr Klubobmann Drexler sagt, ja, diese ESTAG-Affäre hat dem Unternehmen Schaden zugefügt, dem Land Schaden zugefügt, dann gebe ich ihm Recht. Aber ich muss schon in Erinnerung rufen, wer die Hauptschuld an diesem ESTAG-Skandal trägt, denn die ganze Affäre, dieser ganze Skandal, wie immer Sie das auch nennen wollen, das ist mir ziemlich egal, ist ja dadurch entstanden, dass die ÖVP nur im Machtrausch nach den letzten Landtagswahlen alles an sich gerissen hat. Sie hat die ganze Macht an sich gerissen, aber sie hat auf eines vergessen. Sie hat vergessen, diese Macht auch zu kontrollieren, nämlich auch in den eigenen Reihen zu kontrollieren. Und deswegen hat es einige Personen gegeben innerhalb der ÖVP, aber auch im Umkreis der ÖVP, die diese ESTAG so als Selbstbedienungsladen betrachtet haben. Und was noch ganz problematisch war in dieser ganzen ESTAG-Affäre, dass Ihr Krisenmanagement, Frau Landeshauptmann, leider eine Katastrophe war von Anfang an. Sie haben Positionen bezogen, die äußerst widersprüchlich waren. Sie haben auf der einen Seite einmal dem Herrn Hirschmann Recht gegeben, dann wieder dem Herrn Paieryl Recht gegeben und so ist das Spiel hin und her gegangen. (Abg. Riebenbauer: „Sind ja beide gute Leute!“)

Es gab keine klaren Aufgabenverteilungen mehr zwischen Ihnen und Ihrem Ex-Landesrat. Sie erklärten die ESTAG-Affäre zur Chefsache, aber gleichzeitig haben Sie den Herrn Landesrat Paieryl in seiner Funktion als Eigentümervertreter belassen. Sie haben immer dann die Chefrolle gespielt, wenn es darum gegangen ist, sehr populistische Maßnahmen zu setzen. Ich erinnere da an die Gehaltsverminderung für die Vorstandsdirektoren. Sie haben eine schlankere Führungsstruktur eingefordert. Sie haben verlangt, dass das so genannte Palazzo Prozzo sinnvoll verwertet werden soll. Sie haben verlangt, dass es diesen Ehrenkodex gibt. Und Sie haben behauptet, dass Sie den Bundesrechnungshof beauftragt haben mit der Prüfung. (Abg. Majcen: „Ja, so ist es!“)

Sie haben also immer Maßnahmen gesetzt, die eigentlich der Eigentümervertreter hätte wahrnehmen müssen. Das hat aber der Herr Ex-Landesrat Paieryl nicht getan. Er ist hergegangen und hat sündteure Expertisen anfertigen lassen, um sich selbst weiß zu waschen und hat immer wieder erklärt, wie super diese ESTAG dasteht. Meine Damen und Herren, und das Ergebnis ist uns ja jetzt allen bekannt, zu welchen Abwertungen und so weiter es gekommen ist. Von Ihren Punkten, die ich früher angeführt habe, sind ja auch nur ganz, ganz wenige umgesetzt worden. Die Gehälter, wie Sie gesagt haben, müssen reduziert werden, da hat man eine Reduzierung eingeführt und gleichzeitig hat man eine Erfolgsgangente vereinbart. Bei den Führungsstrukturen gibt es erst eine Änderung seit den neuen Leitlinien. Und das Palazzo Prozzo, verehrte Damen und Herren, es ist heute noch immer das, was es seinerzeit war und es gibt keine andere Verwertung dafür. Und der so genannte Ehrenkodex, den Sie eingefordert haben, da hat sogar der Bundesrechnungshof darüber gesagt, gut, es ist fast mehr oder weniger eine Wischiwaschi-Geschichte. Und die Folgen waren ja auch relativ

gering, denn zwei Leute sind zurückgetreten auf Grund des Ehrenkodex, das war unser Heinz Hofer und es war der Herr Dr. Held auf Grund der Querverbindungen, die es zwischen Hofer und Heinzl und Heinzl und Held gegeben hat. (Abg. Haberl: „Der Heinzl war das!“) Bitte, aber diese Kreuzverbindungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren nicht die Ursache für diesen ESTAG-Skandal, das muss man hier auch einmal festhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und darf ich noch einen Punkt herausgreifen, weil mir der so am Herzen liegt, weil Sie das immer wieder betont haben: Sie haben gesagt, Sie haben verlangt, dass der Bundesrechnungshof die ESTAG prüft. Es war anders, Frau Landeshauptmann. Sie haben erst auf Druck der FPÖ, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schögggl, der Ihnen sogar einen Brief geschrieben hat und auf Druck unserer Fraktion der Forderung nachgegeben, den Bundesrechnungshof einzuführen. Sie wollten am 2. Juli des Vorjahres immer noch den Landesrechnungshof einsetzen und erst am 7. Juli gab es dann den Abänderungsantrag. Nur so viel zur Klarstellung. Und bei all diesen angeführten Beispiele, meine Damen und Herren, haben Sie versucht, Frau Landeshauptmann, in den Aufsichtsrat der ESTAG einzugreifen und sich dort als Eigentümervertreterin aufzuspielen. Das ist Ihnen leider nicht immer gelungen. Sie hätten Ihre Verantwortung von Anfang an wahrnehmen müssen und den Herrn Landesrat Paierl wesentlich früher zurückpfeifen müssen. Denn auf der anderen Seite, wo es unangenehm geworden ist, da komme ich jetzt auf das, was du gesagt hast, wenn sie das immer konsequent getan hätte und gesagt hätte, ich bin die Eigentümervertreterin, ich bin die Chefin, dann hätten wir das ja noch akzeptiert, aber dann kamen unangenehme Fragen im Untersuchungs-Ausschuss. Der Herr Fehringer hat einmal erklärt, dass es natürlich politischen Einfluss gegeben hat, daraufhin haben wir die Frau Landeshauptmann befragt. Sie hat gesagt: Da war sie noch nicht Eigentümervertreterin. Die Verantwortung abgewiesen. Beim Wechsel der Herren Dörflinger und Hirschmann in die ESTAG, in das Unternehmen, dazu befragt im Untersuchungs-Ausschuss, sagt die Frau Landeshauptmann: Da war ich nicht Eigentümervertreterin. Die Umsetzung der Landtagsbeschlüsse, bevor die Frau Landeshauptmann tatsächlich Eigentümervertreterin wurde, auch das hat sie im Untersuchungs-Ausschuss zurückgewiesen und gesagt: Da war ich noch nicht Eigentümervertreterin. Also dort, wo es gepasst hat, verehrte Damen und Herren, dort hat sie sich hingestellt, weil es populistisch war, weil man das in der Öffentlichkeit gut verkaufen konnte und hat gesagt, ich bin die Eigentümervertreterin, ich habe das und das veranlasst. Dort, wo es unangenehm war, da hat sie sich zurückgezogen und hat gesagt: Bitte, ich war noch nicht in dieser verantwortlichen Position. Und darum geht es in dieser ESTAG-Affäre. Verantwortung zu übernehmen, das ist völlig klar, aber auch immer und ständig. Und so wie es der Herr Hirschmann gesagt hat: Natürlich wird das Land, wenn es zu 74,9 Prozent Eigentümer ist, von einem Unternehmen, dort hineinregieren. Aber dann muss man auch dazu stehen und darum geht es in dieser ESTAG-Affäre auch. (Beifall bei der SPÖ.)

Der gemeinsame Endbericht: Peter Hagenauer ist mit seinem grünen Bericht in die Öffentlichkeit gegangen, bevor er im Untersuchungs-Ausschuss auch nur eine einzige Verhandlung darüber geführt hat. Das hat natürlich die weiteren Verhandlungen im Untersuchungs-Ausschuss nicht sehr, sehr leicht gemacht. Und es gibt auch noch einige andere Gründe, warum wir sehr intensiv verhandelt haben. Aber der Hauptgrund, warum wir dem grünen Bericht nicht zustimmen konnten war doch jener, dass da im grünen Bericht eine Kollektivschuld festgemacht war. Die Landesregierung, hat es immer geheißen, ist verantwortlich. Die Landesregierung war zuständig. Ja, sehr verehrte Damen und Herren, dem kann man nicht zustimmen. Wenn es heißt die Landesregierung, das heißt dann auch der Herr Seitinger ist dafür zuständig, der Herr Flecker ist dafür zuständig, der Herr Schützenhöfer war für den ESTAG-Skandal zuständig. Die haben doch in der Landesregierung zwar kollektiv teilweise abgestimmt, aber ressortzuständig war der Herr Landesrat Paierl und ist jetzt die Frau Landeshauptmann selbst. (Abg. Straßberger: „Was war mit Ressel, der war auch zuständig?“)

Das haben wir auch im Untersuchungs-Ausschuss nie geleugnet, liebe Damen und Herren von der ÖVP. Kennen Sie einen einzigen Antrag der SPÖ, wo wir einen Namen herausreklamieren haben? Sie werden keinen einzigen Namen, keinen einzigen Antrag finden, wo wir gesagt haben, der darf da nicht drinnen stehen, weil er ein SPÖler ist. Aber Sie haben sich ständig dagegen gewehrt, wenn es darum gegangen ist, den Herrn Paierl hineinzuschreiben, da habt ihr noch weniger Probleme gehabt, aber wenn es dann darum gegangen ist, die Frau Klasnic hineinzuschreiben, ja, da war der große Widerstand da. Und das werden mir meine Kollegen bestätigen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn wir von einer Kollektivschuld schon reden und wenn wir von einer Kollektivverantwortung reden, dann wäre es ja das Leichteste gewesen, jetzt dieser Leitlinien in der ursprünglichen Form zu beschließen. Denn darin haben ja wir verlangt, dass vom ESTAG-Konzern, von den Vorständen regelmäßig die Landesregierung informiert wird. Und wie lauten sie jetzt? Jetzt sind diese Leitlinien wieder abgeändert worden, nur Information an die Eigentümervertreter. Jetzt müsst ihr einmal sagen, was ihr wollt. Wollt ihr auf der einen Seite die Kollektivverantwortung der Regierung oder wollt ihr wieder die Einzelverantwortung? Und euer Weg geht in die Einzelverantwortung. (Beifall bei der SPÖ.)

Da bin ich auch bei euch, bin ich wirklich bei euch, bei der ÖVP. Das Ressortprinzip soll in der Landesregierung nicht aufgehoben werden. Denn was hätte das zur weiteren Folge, wenn man vom Ressortprinzip abweicht, dann heißt es natürlich sofort, wir brauchen nur mehr eine Einzige oder einen einzigen Verantwortlichen. Und das wollen wir nicht. Denn das haben wir aus der Geschichte gelernt, dass das die schlechteste Form ist, wenn nur mehr eine Einzige oder ein Einziger zuständig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Klubobmann Drexler hat natürlich heute ganz, ich weiß nicht, habt ihr Buchstaben gezählt oder ich weiß nicht, was ihr gemacht habt, dass ihr genau auf diese 97,34 Prozent gekommen seid, aber ich weiß auch, dass es sehr, sehr viel Übereinstimmung gegeben hat zwischen der ÖVP und den Grünen. Und das hat bei uns schon ab und zu den Verdacht aufkommen lassen, dass es gewisse Absprachen gegeben hat zwischen den Grünen und zwischen der ÖVP. Sonst hätte man zu den einzelnen Formulierungen nicht kommen können, die da drinnen stehen. Noch eines zum Abschluss vielleicht, verehrte Damen und Herren. Es geht um die Organhaftung. Der Herr Drexler stellt sich da heraus und sagt, die SPÖ betreibt doppelbödiges Politik. Ja bitte, wer in diesem Haus tritt den dafür ein, dass die Organe geklagt werden? Wer ist denn das? Das ist sowohl die grüne Fraktion als auch die FPÖ und genauso wir, weil wir überzeugt sind, sehr verehrte Damen und Herren, dass wir nichts zu verbergen haben. (Abg. Drexler: „Bei der Entlassung!“) Aber ich weiß schon, dass natürlich der ÖVP das sehr, sehr weh tun würde, wenn wir jetzt zum Beispiel herausgreifen würden den Fall der Therme Ottendorf und dort eine Klage einreichen. (Abg. Gödl: „Auf Kosten der Steuerzahler!“) Ja, was glaubt ihr denn, was es da für einen Rattenschwanz nach sich ziehen würde? Und da bin ich überzeugt davon, dass es dort nur Verantwortliche gibt, die in der Nähe der ÖVP zu suchen sind oder überhaupt ÖVP-Mitglieder sind. Und deswegen verhindern sie das. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist für mich ganz klar. Und da kommt immer wieder der Kostenfaktor, was das alles kostet. Das hat man uns ja im Untersuchungs-Ausschuss schon vorgeworfen. Und Sie sagen, die Klage, die muss der Stromkunde zahlen. Ja, haben Sie sich überlegt, wer die ganzen Expertisen bezahlt hat? Die haben wesentlich mehr gekostet als ein Gerichtsverfahren. (Abg. Straßberger: „Vom Untersuchungs-Ausschuss!“)

Ja, aber nicht die vom Untersuchungs-Ausschuss, sondern die der Herr Ex-Landesrat Paierl in Auftrag gegeben hat, damit er sich hätte reinwaschen können. Aber leider haben sich ja auch diese Expertisen, die er bestellt hat, als falsch herausgestellt, sehr verehrte Damen und Herrn.

Jetzt plötzlich entdeckt man den Stromkunden. Jetzt plötzlich sagt man, der Stromkunde, der arme, muss das jetzt alles bezahlen. Und ich sage Ihnen noch eines von der Seite der ÖVP, verehrte Damen und Herren, Sie verstecken sich jetzt hinter diesen fünf Rechtsgutachten. Vorher rufen Sie den Bundesrechnungshof an und sagen, der Bundesrechnungshof soll prüfen, dann kommt ein Ergebnis heraus, mit dem die ÖVP nicht einverstanden ist, dann geht man her, na, na, so können wir nicht tun, wir können nicht gleich klagen, da holen wir uns zuerst einmal ein paar Gutachten und dann versteckt man sich hinter diesen Gutachten. Gutachten, sehr verehrte Damen und Herren, sind noch lange keine Gerichtsurteile und deswegen treten wir für die Klagen ein. (Abg. Riebenbauer: „Ja, Verantwortung!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme jetzt auch schön langsam zum Schluss, denn gerade dieses letzte Beispiel, glaube ich, hat eindeutig gezeigt, wer in diesem Land doppelbödiges Politik und wer scheinheilige Politik betreibt, sehr verehrte Damen und Herren von der ÖVP. (Abg. Mag. Drexler: „Nicht einmal der Rechnungshof will klagen!“)

Ich bin überzeugt davon, dass dieser Untersuchungs-Ausschuss gute Arbeit geleistet hat, dass aus dieser Arbeit heraus es sicherlich auch für andere landesnahe oder landeseigene Unternehmen Folgen geben wird für die dort Verantwortlichen. Was aber niemand verstehen kann und wird, ist die Tatsache, dass Sie, Frau Landeshauptmann, wieder einmal Beschlüsse des Landtages ignorieren. Die ÖVP geht auch mit diesem Skandal so um wie sie immer mit den Skandalen versucht umzugehen, nämlich sie setzt auf das Vergessen bei den Menschen. Sie hofft darauf, dass in einigen Wochen, Monaten der ESTAG-Skandal vergessen ist, dass die Wählerinnen und Wähler vergessen haben, worum es gegangen ist und am Wahltag sich wieder blenden und täuschen lassen von der ÖVP. Wir von der SPÖ haben nichts zu verbergen, das wiederhole ich noch einmal. Wir haben keinen Grund, uns vor Organhaftungsklagen zu scheuen, auch wenn es unsere eigenen Leute trifft. Aber wogegen wir sind, das sind diese Vorverurteilungen, die Sie von der ÖVP unseren Leuten gegenüber machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Mit Ihrem Verhalten, Frau Landeshauptmann, tun Sie dem Land und der Politik nichts Gutes. Denn jede Steirerin und jeder Steirer wird sich nun fragen, und ganz berechtigt fragen, was muss denn in diesem Land noch alles passieren, bis es endlich zu Konsequenzen kommt? Wenn draußen in der Bevölkerung auch in Zukunft der Eindruck erhalten bleibt, dass es sich die da oben ja eh richten können, sehr verehrte Damen und Herren und sehr geehrte Frau Landeshauptmann, dann tragen Sie als Landeshauptmann die Verantwortung dafür.

Und als Abschluss darf ich Ihnen noch ein kleines Geschenk machen. Ich überreiche Ihnen eine kleine Aufmerksamkeit. Ich überreiche Ihnen einen schwarzen Teppich, damit Sie auch diesen ESTAG-Skandal wie andere Skandale unter den Teppich kehren können. (Abg. Hammerl: „Das zeigt, wie primitiv diese Partei ist!“ – Beifall bei der SPÖ. – 11.20 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wiedner. Am Wort ist Herr Abgeordneter, weitere Wortmeldungen nehme ich entgegen. Es gilt die Redezeit von 20 Minuten, Herr Abgeordneter.

Abg. Wiedner (11.20 Uhr): Herr Präsident! Sehr verehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Zuhörer!

Gerade meine beiden Vorredner haben es gezeigt, wie diese steirische Tragödie in den letzten Monaten aufgearbeitet wurde – mit gegenseitigen Schuldzuweisungen. Der eine hat ein bisschen mehr Schuld, der andere hat ein bisschen weniger Schuld, aber keiner ist so richtig schuld. Unser Schluss ist eindeutig, und

deswegen habe ich heute ein schwarzes Sakko und eine rote Krawatte um. In diesen beiden Parteifarben, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt die Hauptschuld dieser steirischen Tragödie. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Schützenhöfer: „Du solltest ein blaues Stecktuch haben!“)

Das Größenverhältnis werde ich jetzt noch darstellen, aber man sollte es sehen, wo sie ist.

Es ist kein blauer Fleck dabei, lieber Kollege Schützenhöfer. Es ist nicht einmal dem Kollegen Drexler gelungen, dem Kollegen Kröpfl gelungen, hier einen blauen Fleck zu finden. Aber es gelingt, sehr viele rote und schwarze Flecken zu finden. Das ist eindeutig. Das ist herausgekommen bei allen Befragungen und es ist nicht einmal abgestritten worden, dass die Hauptspieler dieser Tragödie immer von Rot und Schwarz oder egal von Schwarz und Rot besetzt wurden. Der Vorstand – und das sind die Hauptspieler und das wurde nie abgestritten – war immer ein Schwarzer und ein Roter. Freunde, und wer das bestreitet, der war bei dieser ganzen Geschichte nie dabei. Es war für uns wichtig und es war für uns notwendig, ganz eindeutig in diesem Bericht die Verantwortlichkeiten herauszuarbeiten. Es ist mir schon klar, dass es der ÖVP ganz gut gepasst hätte, den ersten Bericht des Kollegen Hagenauer hier heute auf den Tisch zu bringen. Es war ja ganz ein klasser Bericht. Man hat ja schon gesagt, der Aufdecker Hagenauer ist zum Zudecker geworden. Und du hast früher gesagt, Herr Kollege, die vereinte Opposition aus Grün, Blau und Rot hat immer aufdecken wollen. Ist richtig! Dann habt ihr aber zudecken wollen. (Abg. Mag. Drexler: „Ein sozialer Witz!“ – Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Das kommt da ganz klar heraus. Wir stimmen keinem Bericht zu, wir stimmen keinem faulen Kompromiss zu, der sagt, es gibt hier eine Pauschalverurteilung der Landesregierung. Das kann es nicht geben. Es gibt die Ressortzuständigkeit und es wird auch nicht der Herr Landesrat Seitingner gefragt, wenn es im Straßenbau in der Steiermark Probleme gibt. (Abg. Mag. Drexler: „Wir haben of genug gefragt zu dem Thema!“)

Ja, aber er ist nicht zuständig dafür.

Hier kann es nur um ganz klare Zuständigkeiten gehen und um die Verantwortung gehen. Das ist auch im Ausschuss immer herausgekommen, bitte. Und das ist ja auch nichts Schlechtes, wenn die Politik in landesnahen Betrieben mitredet. Aber nur dann bitte bekennt man sich dazu, dass man das macht. Da sagt man okay, wir haben geduldet, dass diese Leute jene Handlungen setzen, aber nicht nachher abzustreiten, eigentlich können wir in der ganzen Geschichte nichts machen. Auch noch ein bisschen was zur Rolle vom Herrn Kollegen Hagenauer im Ausschuss und zur ganzen Präsentation des Berichtes. Wir haben auch ein bisschen komisch dreingeschaut, als wir gesehen haben, der Kollege Hagenauer macht jetzt eine Pressekonferenz und zeigt den Bericht des Ausschusses, ohne dass der Ausschuss jemals den Bericht vorher gesehen hat. Diese Vorgangsweise – bitte – ist eine abzulehnende Vorgangsweise. Wir haben versucht, in 20 Sitzungen und weiß Gott wie viel 100 Stunden wirklich uns einzubringen und gemeinsam eine Arbeit zu leisten, um diese steirische Tragödie einem guten Ende hoffentlich zuzuführen. Und jetzt geht der Herr Kollege her und sagt, gut, jetzt präsentiere ich einmal den Deal, und das ist keine Werbung, die wir jetzt immer hören, den Deal, den wir mit der ÖVP gemacht haben. Und, Freunde von der ÖVP, das könnt ihr keinem erzählen, dass da nicht ganz konkrete Absprachen da waren über diesen Bericht und den Inhalt dieses Berichtes. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Freunde, das glaubt euch niemand mehr. Das glaubt euch niemand mehr, weil so einem Softy-Bericht, bitte, den der Herr Kollege Hagenauer vorgelegt hat, bitte, so etwas ist dem Herrn Kollegen ja gar nicht würdig. Und es zeigt ja schon, dass der Kollege Drexler, der jetzt leider den Saal verlassen hat, sich so Sorgen macht um den Kollegen Hagenauer. Er hat ihn ja fast bedauert, es sind ja fast Tränen rausgeronnen, dass der Herr Kollege Hagenauer seinen Bericht nicht durchgebracht hat. Es ist schon klar, wäre euch sehr gedient gewesen, wenn dieser Bericht heute am Tisch liegt. So schaut es aber nicht aus. (Abg. Riebenbauer: „Aber eingebracht haben wir ihn schon gemeinsam!“)

Ja, es hat ja ganz gute Chancen gegeben für einen gemeinsamen Bericht. Aber nicht mit dem Grundtenor, alle sind schuld. So sicherlich nicht. Und es war die Rolle der ÖVP und der SPÖ auch ganz interessant in dem Untersuchungs-Ausschuss. Die ÖVP hat immer darauf geschaut und in vielen Bereichen recht passiv darauf geschaut, ja nicht zuviel abzubekommen von der ganzen Geschichte, ja nicht zu viel Dreck in meinen Bereich, hier. (Abg. Kröpfl: „Ist ja genauso herausgekommen!“) Und die SPÖ, liebe Freunde, so war es auch, ihr habt geschaut dabei zu sagen, eigentlich waren wir da gar nicht dabei, bei der ganzen Geschichte. So war es auch nicht, obwohl ihr dann kooperativer gewesen seid dabei, wirklich Namen hineinzuschreiben, die verantwortlich waren für die ganze Geschichte. Das ist zuzugestehen, das war die ÖVP sicherlich nicht. Aber beide, die die Verantwortung von Anfang an gehabt haben, die die Vorstandspositionen besetzt haben, die ihre Leute überall dort hingesetzt haben, wo man sie gebraucht hat, die waren für diesen ganzen Skandal verantwortlich. Es ist ja bekannt, es ist zwar ein altes Lied, es war auch damals ein Aufreger vor 25 Jahren, vom Ambros, „Der Hofer war's“ (Abg. Mag. Drexler: „Das schaut so verdächtig aus!“), oder ist es schon 30 Jahre her, es war ein mächtiger Aufreger bei der ganzen Geschichte, es ist richtig, tief mit dabei. Heinzl, tief mit dabei. Heinzl, tief mit dabei. Aber jetzt herzugehen und sagen, nur die waren die Schuldigen, lieber Kollege Drexler: Bei eurem Parteitag ist auch ein Mitspieler zum Parteikassier gewählt worden. Auch ein Mitspieler zum Parteikassier gewählt worden, der beim Verkauf – (Abg. Mag. Drexler: „Das habe ich schon im Untersuchungs-Ausschuss erklärt!“) ich weiß, du wolltest uns damals im Ausschuss sagen, der Fritzberg hat mit den Heresch-Werken nichts zu tun. Wir haben auch ins Firmenbuch dann hineingeschaut, also wenn du mir erzählen willst, dass der Fritzberg nichts zu tun hat mit den Heresch-Werken, dann kennst du dich scheinbar im Firmenbuch nicht aus, aber auch der Herr Fritzberg war ja einer jener, die nicht schlecht abgeschnitten

haben in dieser ganzen ESTAG-Geschichte. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist eine Unwahrheit, eine Lüge!“) Die nicht schlecht abgeschnitten haben beim Verkauf der Heresch-Werke und die dazu noch Nebenabsprachen, liebe Freunde, bekommen haben. 7,27 Millionen Euro sind 100 Millionen alter Schillinge, Nebenabsprachen – garantierte Aufträge für die Heresch-Werke, toll. Aber mit dem können wir nicht, der hat ja nichts mit uns zu tun, schuld sind alle anderen. So kann es bitte schön nicht gehen in den ganzen G'schichteln. (Beifall bei der FPÖ.)

Begonnen hat das ganze Trauerspiel sicherlich damit – und da muss ich Hagenauer Recht geben – mit dem Einstieg der EdF. Dort hat das ganze Trauerspiel begonnen. Gott sei Dank, und das haben wir auch in den Bericht hineinreklamiert, waren wir damals nicht mit dabei, als hier im Hause dieser Beschluss gefasst wurde. Gegen unsere Stimmen aus weiser Voraussicht. Weil, abgesehen davon, wie diese 25 Prozent, die im Unternehmen geblieben sind, verteilt wurden, hat sich die EdF ja ganz am Anfang schon einen ganz tollen Deal geleistet. (Abg. Kröpfel: „Dafür hast du den Wasserkocher gekauft!“) Sie hat 25 Prozent des Kaufpreises gleich wieder selber – wie hat Ressel immer gesagt – ad sackum geführt. Ein tolles Geschäft gewesen auch für die EdF in dieser ganzen Angelegenheit. Und dann war mit diesen 406 Millionen Euro in der ESTAG kein Halten mehr. Es hat geheißenen Goldgräberstimmung und so war es auch im Endeffekt. Es wurde gehandelt so quasi, als wäre das Geld abgeschafft. Zukäufe, haben wir heute schon gehört, die ganzen Probleme der Beteiligungen, haben wir heute schon gehört, das war ein Bereich, der sicherlich begonnen hat mit dem ganzen Verkauf und dass die Politik damals keine Vorgaben gegeben hat zu sagen, was ist mit diesem Geld zu machen, was ist konkret mit diesen Summen darzustellen. Die zweite Geschichte war natürlich das ganze Politische. Das habe ich am Anfang gesagt und ich kann mich noch daran erinnern, wie die Herren Dörflinger und Hirschmann sich fotografieren ließen mit dem Hut in der Hand. Wir gehen jetzt in die ESTAG und wir gehen jetzt in die Ferngas und man hat der Bevölkerung vorgespielt, das sind die zwei Besten, die haben sich beworben und die werden nach einem Hearing genommen. Ja, wer glaubt denn das bitte noch? Beide Herren waren politische Besetzungen, beide Herren wurden von ihren Parteiobmännern beziehungsweise Parteiobfrau in dem Fall gewollt, genannt und gefordert. Und das ist das Üble an dieser ganzen Geschichte. Etwas zu machen und nachher nicht dazu zu stehen, bitte. Nachher nicht dazu zu stehen, dass Hirschmann hineinreklamiert wurde und dass hier immer eine politische Besetzung stattgefunden hat. Hirschmann hat es ja ganz deutlich gesagt: Jeder, der hier sitzt im Aufsichtsrat, im Vorstand, ist eine politische Besetzung. Und dazu sollten sich die Herren hier in diesem Hause bekennen. (Beifall bei der FPÖ.)

Die ganze Problematik der Beteiligung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ganze Grundübel oder die drei Grundübel waren ja auch die Beteiligungen und waren die Netzwerke und waren die Freundschaften, die aufgebaut wurden. Und ich habe schon ein paarmal gesagt, wenn man im Lande Steiermark in die wirtschaftlichen Abläufe ein bisschen hineinschaut, schaut, wer so immer mit dabei ist, wenn es um ein Geschäft geht, dann sieht man immer dieselben sechs, sieben, vielleicht acht Namen, die immer in der ersten Reihe stehen. Alle diese Namen, liebe Freunde, treffen wir wieder bei diesem ESTAG-Nestwerk. Alle diese sieben, acht Namen trifft man wieder. Es ist zwar nichts passiert, was strafrechtlich wahrscheinlich verfolgbar wäre, aber man hat gegenseitig gut aufeinander geschaut immer. Man hat relativ gut aufeinander geschaut gegenseitig, dass alle ihre Geschäfte machen können und das mit Wissen und mit Dulden der Politik. Wenn nämlich der Eigentümergebiet, der Eigentümergebiet der ESTAG, der Ex-Landesrat Paierl, innigste Verflechtungen mit dem Aufsichtsratspräsidenten hat, dass er in einer von ihm zur Verfügung gestellten Wohnung wohnt, dass es engste Verflechtungen gibt zum Steuerberater, Steuerprüfer und vierten Vorstand, indem Firmen in dessen Büro gegründet werden, dann ist es zu verstehen, dass hier Abhängigkeiten geschaffen wurden, wo natürlich die Politik ein bisschen ein Problem hat, den Vorständen, den Aufsichtsräten auf die Finger zu klopfen, Freund. (Abg. Mag. Drexler: „Ich bin erschüttert!“)

Ja, da kannst du erschüttert sein. Und eines ist auch klar, lieber Kollege Drexler, die Bevölkerung draußen ist erschüttert. Sie ist erschüttert. Und es versteht auch keiner, wollen wir gleich zu dem Thema kommen der Klagen, der Organhaftungsklagen. Das versteht bitte draußen, liebe Kollegen speziell von der ÖVP, das versteht kein Mensch, dass hier hunderte Millionen bitte an Wertverlust produziert wurden. Und der Herr Paierl hat gesagt, na gut, das ist momentan so eine Darstellung. (Abg. Böhmer: „Was ist deine Darstellung?“) Und da hat der Hirschmann Recht gehabt, wie er gesagt hat: Was würdest du sagen, wenn in deiner Firma eine prozentuell so hohe Abwertung passieren würde? Was würdest du in dem Fall sagen? Aber es ist ja nur die ESTAG gewesen und es ist ja nur eine momentane Darstellung gewesen, mein Gott, wird schon wieder besser werden, ist ja halb so schlimm, was da passiert ist. Aber bitte, draußen die Bevölkerung versteht das nicht, wenn hier hunderte Millionen abgewertet werden, dass es keine Konsequenzen gibt. Hunderte Millionen Euro bitte. Ich glaube, du warst im Ausschuss dabei und hast vielleicht ein bisschen mitgearbeitet an der ganzen Geschichte. Wenn jemand ein paar 1000 Euro, bitte schön, draußen veruntreut, dann steht er vor dem Kadi und da hilft ihm kein Mensch. Da steht er vor dem Kadi. Und wenn hier ein paar 100 Millionen abgewertet werden, wenn hier locker Geld ausgegeben wird für Beteiligung und egal was, da passiert nichts, das decken wir zu, alles in Ordnung, gehen wir zur Tagesordnung über, wird schon das nächste Mal nichts mehr passieren. Und das ist keine Wahlkampfretorik und keine Wahlkampfaktik, lieber Kollege Drexler. (Beifall bei der FPÖ.) Das sind Tatsachen, die heute erzählt werden. Da ist nichts dabei, um irgendwen aufzuhetzen, irgend etwas Falsches zu erzählen, das heute hier sind Tatsachen – und das ist auch kein Gefecht heute, das hier abgeliefert wird, weil schon in der Presse gestanden ist, heute wird hier ein Gefecht abgeliefert oder irgend etwas, was weiß ich, welche furchtbare Diskussion abgeliefert – heute werden hier Tatsachen aufgearbeitet und nichts anderes. Mancher mit mehr Emotion und mancher mit weniger Emotion. Und, lieber

Kollege Drexler: Deine prophetischen Voraussichten hier heute, die kannst du dir sparen. Da war nichts dabei von der ganzen Geschichte. (Abg. Mag. Drexler: „Die Schiedsrichterentscheidung. Du stehst im Abseits!“)

Ein ganz wichtiges Thema für uns, das hineinzureklamieren, das ganze Problem des Sponsorings. Es wurde heute kurz angesprochen auch. Es waren zum Schluss bitte 3,3 Millionen Euro, umgerechnet fast 50 Millionen Schilling – da tun sich manche vielleicht noch leichter mit den Summen –, die fürs Sponsoring ausgegeben wurden. Für eine Holding, die nichts verkauft, die nicht am Markt ist. Wozu macht die Sponsoring? Ja, ganz klar warum, weil die Politik darum gebeten hat. Hirschmann hat es ja auch gesagt, freilich habe ich Briefe geschrieben. Und viele andere haben wahrscheinlich auch mit den Augen gezwinkert, um zu helfen. Wo die Politik nicht mehr konnte, wo sie nicht mehr wollte und wo sie nicht mehr durfte hat man die ESTAG eingespannt und hat gesagt, Freunde, sponsert ihr den, es geht im Endeffekt eh auf unser Konto. Das kann nicht sein und darum haben wir gesagt: Es muss auch dieses Sponsoringkapitel mit hinein.

Die ganze Naheverhältnisgeschichte haben wir angesprochen. Wichtig für uns war auch ein ganzer Absatz, da ging es um das Wissen der jetzigen Eigentümervertreterin. Da hat es zuerst geheißt, ja, es waren Informationen da über das, was passiert sei. Es hat der Paieryl ein bisschen etwas berichtet, es hat der Hirschmann ein bisschen was gesagt, aber wir sind dann später daraufgekommen, dass es bereits am 14. Juli 2003 – und das war uns wichtig hineinzuschreiben – ein Gipfelgespräch der ÖVP-Spitzen gegeben hat, wo du auch mit dabei warst. (Abg. Mag. Drexler: „Das war im Fernsehen!“) Ich sage es nur, dass es wichtig war, dass es in dem Bericht drinnen steht, damit es keiner vergisst. Ich halte sehr viel vom ORF, aber das ist eine Geschichte, die einmal gesehen wird und dann vergisst sie jeder, aber darum schreiben wir es rein, dass wir es nicht vergessen, lieber Freund Drexler, wo du auch mit dabei warst, wo der Hirschmann gesagt hat (Abg. Mag. Drexler: „Schreibe es hinein!“), wo der Hirschmann gesagt hat, was hier alles passiert in der ESTAG, dass die ESTAG an die Wand gefahren wird. Und was war das Ergebnis dieses ganzen Gesprächs? Ein Eklat zwischen Paieryl und Hirschmann. Nur, es war uns wichtig auch hineinzuschreiben, dass die Frau Landeshauptmann erst im zweiten Anlauf sich an dieses Gespräch erinnern konnte. Erst im zweiten Anlauf! Und erst im zweiten Anlauf daran erinnern konnte, dass der Herr Vorstandsvorsitzende Ramsauer bereits im Dezember mit ihr gesprochen hat, dass es wahrscheinlich zu einer Gesamtablösung des Vorstandes kommen wird.

Dass es bereits im Dezember bekannt war, dass eine Gesamtablöse des Vorstandes passieren wird. Und dann gab es das große Heulen und Zähneknirschen, En-bloc-Abstimmung, Jesus-Maria, darf das überhaupt sein und ist das überhaupt möglich. Leider hat der Ausschuss das nicht mehr untersuchen können, ob das auch möglich war, weil Hirschmann dann im Endeffekt auch abgefertigt wurde und somit keine Klage mehr eingereicht hat. Die Abfertigungsgeschichten waren ja auch eine ganz interessante Sache, was man so hört, weit über 6 Millionen, die geflossen sind für die Herren des Vorstandes, wo Herr Aufsichtsrat Nitsche eine ganz interessante Aussage gemacht hat. Er hat gesagt, er kann sich nicht vorstellen, was drei Vorstände den ganzen Tag über getan haben, und das zu fürstlichen Gehältern und das zu fürstlichen Abfertigungen, die ein normal verdienender Steirer sein ganzes Leben lang nie erarbeiten kann, was hier bezahlt wurde. (Beifall bei der FPÖ.)

Es war für uns auch wichtig hineinzuschreiben die ganze Sache vom Rücktritt des Herrn Landesrates Paieryl, weil der war ja auch nicht so freiwillig, und die ganze Geschichte der Netzwerke, die mir auch so ein bisschen zu denken gegeben hat. Ein paar Tage vor seinem Rücktritt hat er noch von Netzwerken gesprochen, vor denen man sich fürchten muss. Scheinbar hat er sich wirklich davor gefürchtet, weil ein paar Tage später hat er nichts mehr davon sagen können, dürfen oder wollen. Das ist auch ein ganz klares Zeichen auf die steirische politische Landschaft.

Ich bin schon am Ende und ich hoffe, dass nach langer Zeit, nach langen Diskussionen, nach langen Sitzungen dann irgendwann einmal der steirische Bürger, die steirische Bürgerin der ÖVP und auch der SPÖ die Stromrechnung für diese Tragödie ausstellen. (Beifall bei der FPÖ. – 11.42 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die exakte Einhaltung der Redezeit. Wir kommen jetzt zu den Zehn-Minuten-Wortmeldungen. Herr Abgeordneter Gennaro, bitte.

Abg. Gennaro (11.42 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn man heute in den Medien liest, Presseschlagzeile „Showdown“, dann kann ich sagen, lieber Christopher Drexler, du hast diese Erwartung erfüllt. Ruder Schlagabtausch wird sich sicherlich ergeben, wenn nach acht Monaten Arbeit im Auftrag die politische Verantwortung zu finden, man hier resümiert. Freispruch für den Skandal aufdecker kann ich nur dazu sagen, denn Ex-Landesrat Hirschmann hat die ÖVP mit Geld mundtot gemacht, weil sie Probleme und Angst gehabt hat, er könnten ihnen mehr Probleme bereiten. Und ich darf hier zum Einstieg und Erheiterung ein Zitat des Herrn Ex-Landesrates Hirschmann im Untersuchungsausschuss zitieren: „Ich bin froh, dass ich die Hofknicks und Rückenverkrümmungen innerhalb der ÖVP nicht mehr mitmachen muss.“ Zitat Ende. Lieber Kollege Drexler, du kannst dir deinen Reim darauf machen. Ich verstehe dich sehr gut, dass du riesige Probleme hast und heute diese Vorwärtsstrategie anwendest, es zeichnet dich aus. Nur rhetorisch warst du gut, aber inhaltlich warst du voll daneben, das muss ich dir schon sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Mir kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tränen der Rührung, wenn der Kollege Drexler hier herausgeht und von Doppelbödigkeit der SPÖ spricht, dann darf ich dir sagen, ich möchte dir das zurückgeben. Du heuchelst ein bisschen. Ich sage dir gleich die Antwort. Du sprichst hier von der Verantwortung der Landeshauptfrau für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der ESTAG. Darf ich aus dem Untersuchungs-Ausschuss, der ja damals öffentlich da in dieser Passage war, zitieren: Betriebsratsobmann Schwarz, Mitglied des ÖAAB, Zitat: „Vor allem die erfolgsorientierten Gehaltskomponente trugen neben anderen Privilegien dazu bei, dass es zu einer nachhaltigen Störung des Betriebsklimas kam. Betriebsratsobmann Schwarz erläutert im Untersuchungs-Ausschuss die Sicht der Dinge. Wörtlich: Aber eines ist auch klar, die Mitarbeiter des Unternehmens haben für verschiedene Situationen kein Verständnis mehr. Ich kann es ganz plakativ auch sagen: Wenn anderweitig Geld ausgegeben wird und bei uns Mitarbeiter abgebaut werden.“ Zitat Ende. Nach übereinstimmenden Aussagen von mehreren Befragten erfolgte der massive Personalabbau in der ESTAG-Gruppe nur auf der unteren Ebene, aufgestockt wurde in der Führungsetage, speziell in der ESTAG. Das zeigt, meine Damen und Herren, dass eine Senkung der Personalausgaben auf Kosten der kleinen und mittleren Arbeiter und Angestellten durchgeführt wurde.

Zitat – und das ist entscheidend, das sagt der Betriebsratsvorsitzende nicht so leicht. Und ich kenne den Kollegen Schwarz aus meiner beruflichen Tätigkeit, und er hat immer das gesagt, was er sich gedacht hat. Da hat es keine politische Geschichte gegeben in gewerkschaftlichen Kreisen, denn die Probleme haben alle betroffen, ob das jetzt ein ÖVP-Mitglied war, ein Sozialdemokrat oder sonst einer oder keiner Partei angehörig. Die Konsequenzen haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tragen gehabt. (Abg. Mag. Drexler: „Frage ihn einmal, ob er klagen will!“) Und er zitiert wörtlich: „Die trinken aus den goldenen Schalen und wir fressen Kitt aus den Fenstern“, meine Damen und Herren. So schauen wir aus. Das ist bitte die Realität. Und jetzt frage ich Sie, wo war denn die politische Verantwortung, wenn aufgezeigt wurde, wenn der Herr Vorstand, der Aufsichtsrat Dr. Held damit kontaktiert wurde, der gesagt hat, ich weiß überhaupt nichts? Ich muss mich erst erkundigen. Und bei der nächstgelegenen Aufsichtsratssitzung hat er das dementsprechend zitiert. Meine Damen und Herren, so schauen wir aus. Und da heuchelt ihr heraußen und sagt, das ist die Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei der Rolle der FPÖ habe ich ein bisschen ein Problem, mit dem Karl Wiedner weniger. Aber er hat da großspurig gesagt, es ist kein blauer Fleck an seiner Kleidung. (Abg. Wiedner: „Siehst du einen?“) Ich weiß nicht, ob die Unterwäsche nicht blau ist, vielleicht weil das ist dir näher. Mit dieser Glaubwürdigkeit habe ich insofern ein Problem, weil – bitte – meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht vom Gennaro erfunden, sondern das ist aus den Medien zu entnehmen, wie ein Insider der ÖVP mit den Freiheitlichen umgeht. Ich täte mir an eurer Stelle was denken dabei. Ich würde mir an eurer Stelle was denken, wenn man in der Form in der Öffentlichkeit umgeht und sagt so quasi, ihr fresst den Schwarzen aus der Hand. Ihr seid eh schon abgesichert, der Schögggl ist ein gutes Beiwagerl, wenn es um was geht, wird er streichelweich, meine Damen und Herren. Da habe ich Probleme mit der Glaubwürdigkeit der FPÖ. Das ist nicht von mir, das steht in der Zeitung. Damit lasse ich es schon bewenden. (Abg. Wiedner: „Du glaubst auch alles, was da drinnen steht!“)

Na ja, weißt eh, ich bin angewiesen auf Zeitungen. Ihr macht es so, einmal passt euch der Zeitungsbericht, wenn es euch reinpasst. Und wenn was drinnen steht, was euch nicht passt, seid ihr dagegen. Das ist das Gleiche wie die ÖVP das Problem hat mit dem Rechnungshof. Auf der einen Seite, ob Landes-, Bundesrechnungshof, wenn die Berichte der ÖVP passen, sind sie in Ordnung. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn sie ihnen nicht passen, ist alles schlecht. Bitte, so kann man es nicht spielen.

Mit einem Satz, die Rolle der Grünen, weil die Überlegung des Vorsitzenden Hagenauer war natürlich klar. Er muss alle anderen drei schuldig werden lassen, er ist der große Aufdecker. Kollege Hagenauer, ich stehe zu dem. Ich stehe zu dem, was ich öffentlich gesagt habe. So wie wir den Bericht behandelt haben, wie die Grünen, denen du als Vorsitzender alles versucht hast abzuschwächen, ist dir schon öffentlich vorgehalten worden, dass du mit der ÖVP packelst, das ist schon die neue Linie für die Wahl, aber so weit will ich nicht gehen. Ich sage, du bist vom Aufdecker zum Zudecker geworden, sonst hätte der Bericht anders ausgeschaut. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt, meine Damen und Herren, einen Misstrauensantrag zu stellen, es wäre sehr verlockend, denn die Landeshauptfrau hat sicherlich einiges am Kerbholz, wo man sagen kann, das Vertrauen ist nicht mehr gegeben.

Nur, auf der einen Seite schwäche ich einen Bericht ab und tue alles, damit die ÖVP nicht zu viel am Pranger steht und dann verlange ich einen Misstrauensantrag, das ist auch für mich persönlich keine Glaubwürdigkeit und deswegen werden wir sicherlich von einem Misstrauensantrag absehen. Wir haben eh einen eingebracht, das war der Neuwahlantrag. Der ist weiter gegangen, aber den hat ja die Mehrheit – auch die Grünen – mit abgelehnt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wenn die ÖVP hier auftritt, dann muss ich eines sagen, liebe Freunde, ihr habt natürlich großes Interesse, es ist schon viel gesagt worden zum Zudecken, keine Organhaftungsklagen, ja bitte, da haben euch ein paar Leute empfohlen und wenn ich als Gewerkschafter habe eine Klage einbringen müssen, da habe ich nicht vorher fragen können drei Gutachten, die ich vorher bezahlt habe, ist das in Ordnung, dass ich die Klage eingehe? Kein Mensch, meine Damen und Herren, kann sagen, wie eine Klage ausgeht. Drei Richter – sechs Meinungen. Das wissen wir auch oder Rechtsanwälte. Nur, hinter dem zu verstecken und zu sagen, bitte schön, da können wir nicht, weil da kommt nichts raus. Wir waren als SPÖ von Beginn an für lückenlose Aufklärung und wir haben keinen geschont namentlich zu erwähnen, auch wenn er ein unsriger war. (Beifall bei der SPÖ.) Aber, meine Damen und Herren, ihr müsst es erst beweisen, weil ihr

so große Vorverurteilungen macht. Wir haben die Dinge so auf den Tisch gebracht, wie sie liegen. Keine einzige Zeile, weder im Rechnungshofbericht noch sonst wo, las jemand und ich sage es, weil Sie gesagt haben, der Hofer war es – vom 20er Haus hast du vergessen dazusagen – keine strafbare Handlung wurde bis jetzt nachgesagt und wir haben kein Problem gehabt, weil wenn eine Organhaftungsklage im Falle Ottendorf positiv gewesen wäre, hätten wir schon die nächste einbringen können. (Abg. Hammer: „Auch der Rechnungshof ist gegen diese Klage!“) Nur, was habt ihr gemacht? Ihr habt politisch einen Passierschein ausgestellt, meine Damen und Herren, so schauen wir aus. Und ihr verhindert Organhaftungsklagen? Ihr habt Angst davor gehabt. Und jetzt frage ich euch: Habt ihr Angst vor den Heresch-Werken gehabt? Habt ihr Angst vor dem Fritzberg? Weil der ist auch involviert, der ist auch euer Parteikassier. Da wäre es rausgekommen, meine Damen und Herren, was da mit den vielen Millionen passiert ist. Vielleicht ist das der Grund, warum man nicht klagt. Funktionen, die außerhalb liegen, kann man dementsprechend nicht anprangern. Nur, meine Damen und Herren, sich dann herzustellen und zu sagen, wir wollen keine Klage, weil das ist der Ausgang, das ist bitte Doppelbödigkeit und das ist Heuchelei. Das unterstelle ich euch mit vollem Recht. (Beifall bei der SPÖ.)

Lieber Kollege Drexler, du gehst immer her und unser Landeshauptmannstellvertreter ist für dich immer ein Punkt, wo du dich an ihm reiben kannst. Du wirst dich aber aufreiben, du wirst gar nicht so viel machen können. Ich will dir nicht unterstellen, Jugend ist eine Krankheit, die von Tag zu Tag besser wird. Rhetorisch bist du gut, aber inhaltlich habe ich gesagt bist eh schon leer. Du redest und unterstellst anderen vom faulen Willi, vom Träumer. Ich frage dich konkret: Bist du nicht auch ein fauler Willi? Was hast denn gemacht? Am 13. Juli hat dir die Landesregierung einen Auftrag gegeben, dass du einen Landestarifbeirat einsetzen sollst. Bis heute hast du nichts gemacht, außer jetzt diskutiert. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist nicht wahr. Kritisiere mich selber. Absolute Frechheit. Tiefstes Niveau, nicht mein Niveau!“)

Du kannst nachher reden, meine Redezeit lasse ich mir durch dich nicht nehmen. Das bitte ist auch Trümmerei und Schlafwandel. Bitte, kümmere dich darum, bevor du anderen unterstellst. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend, meine Damen und Herren, liebe Frau Landeshauptmann, es wird sicherlich noch Gelegenheit geben, das eine oder andere zu Ihnen zu sagen. Zehn Minuten reichen nicht aus. Ich bin zwar eh ein schneller Redner, aber es gibt noch vieles, was man sagen kann. Nur eine Frage an Sie: Sie haben heute eine Presseaussendung gemacht, Sie stimmen der Erhöhung auf Fernwärmekosten nicht zu. Ich freue mich, dass Sie den Schritt gemacht haben. Jetzt frage ich Sie, wie Sie reagieren werden, wenn Ihnen gestern der Ditz ausrichten lässt, dass die Strompreiserhöhungen und Gaspreiserhöhungen Sache des Vorstandes sind und der Eigentümer nichts mitzureden hat. Ich schaue mir das an, ob Sie dann dort auch dementsprechend Ihr Wort erheben und das auch ablehnen. Wir werden sicher noch weiterhin Diskussionsmöglichkeiten haben. (Beifall bei der SPÖ. – 11.51 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Bacher. Herr Abgeordneter bitte.

Herr Abgeordneter Gennaro, danke für die Einhaltung der Redezeit – sehr exakt.

Abg. Bacher (11.52 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren der Regierung, geschätzte Gäste und vor allem herzliches grüß Gott unseren Betriebsräten, die heute noch nicht erwähnt wurden, aber die der Kurt Gennaro mehrmals jetzt schon in den Mund genommen hat. (Abg. Gross: „Zitiert!“)

Lieber Kurt Gennaro – ich weiß nicht, wo er jetzt hin ist –, auch wenn er so tief in den Schmutzkübel greift (Abg. Kröpf: „Wer hat da in den Schmutzkübel gegriffen?“), ändert sich nichts an der Tatsache, meine Damen und Herren der SPÖ, dass Sie mitten drinnen stehen und drinnen gestanden sind. (Beifall bei der ÖVP.) Nur zur Klarstellung in dem Zusammenhang. Dem Kurt Gennaro müsste man eigentlich sagen, weil er mehrmals von Heuchlern und Heuchlerei geredet hat: Er ist ein Weltmeister im Heucheln. Wenn er nämlich die Situation der Personalvertreter angesprochen hat, dass man mit ihnen nie geredet hat und dass er das zitiert hat mit dem Kitt (Abg. Wiedner: „Stimmt!“), meine Damen und Herren, dann kenne ich einen Herren, den Herrn Hofer, der Abfertigungskaiser. Was hat denn er unternommen gegen diese Entwicklung in dem Unternehmen? Was hat er unternommen? (Abg. Wiedner: „Nichts!“) Kurt Gennaro war es am zweiten Ausschusstag, der bereits festgestellt hat, der Apfel ist gegessen. Wir können diesen Unterausschuss beenden. (Abg. Kröpf: „So war es nicht!“) Am zweiten Ausschusstag war der Apfel geschält und für ihn gegessen. Worum ist es denn gegangen? Es ist ausschließlich darum gegangen zu sagen, die ÖVP ist für alles verantwortlich, was in der ESTAG passiert ist und auch nicht passiert ist. Ja, wo wart denn ihr? Von Anbeginn seit der Gründung wart ihr dabei. (Abg. Kröpf: „Genauso war es!“) Von Anbeginn seit 1999: Ressel, Hofer, Heinzl. Bis heute noch Hofer und Heinzl bitte. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kröpf: „Schau einmal nach!“)

Und es sind keine Konsequenzen gezogen worden. Gar nichts. Es hat euch nicht in den Kram gepasst, dass diese zwei Herren ständig involviert waren. Und die haben auch keinen Jota und Beistrich dazu beigetragen, dass in der ESTAG eine Aufklärung passieren hätte können, im Gegenteil. Die haben im Ausschuss, in den Sitzungen, in den Pressekonferenzen, in der Veröffentlichung immer das Gegenteil gesagt, was ihr inseriert habt, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ihr habt von Skandal geredet und die beiden Herren haben gesagt: Es gibt keinen Skandal. Im Gegenteil. Sie werden Ehrenvorsitzende, sie werden Kassier in der SPÖ werden, meine Damen und Herren. Es ist leider eine tragische Operette, so wie es der Christopher Drexler gesagt hat, mit dem Drehbuch, das letzten Endes ja nicht einmal lesbar ist. Man hätte in dem Unter-

ausschuss aufklären sollen. Was ist denn am Ende übrig geblieben? Gar nichts, nicht einmal lesen kann man diesen Bericht. Und das ist euch auch nicht gelungen, einen gemeinsamen Ausschussantrag zusammenzubringen. SPÖ, Freiheitliche und Grüne wenn es schon sein muss gegen die ÖVP. Nicht einmal das ist euch gelungen. Ihr wart euch nicht einmal einig in dem Zusammenhang. Warum nicht? Vor lauter Eitelkeit und weil ihr natürlich auch gewusst habt, dass ihr mitten drinnen sitzt. Ihr seid mitten drinnen in dem Skandal. (Beifall bei der ÖVP.)

Kollege Kröpfl, du hast von einer lückenlosen Aufklärung gesprochen. Ja, wo ist denn die lückenlose Aufklärung? Hast du bei deiner Rede von der ESTAG geredet oder hast du von was anderem geredet? Gar nichts habt ihr beigetragen. (Abg. Kröpfl: „Weil ihr alles verhindert!“)

Wir verhindern? Was habt ihr denn dazu beigetragen? Sag einen Satz, was ihr dazu beigetragen habt. Ihr wolltet nur immer die ÖVP, die Frau Landeshauptmann, sind schuld, sagen. Ihr habt keinen Jota dazu beigetragen, meine Damen und Herren. (Abg. Kröpfl: „Dann lies unseren Bericht!“)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, an Ihrer Stelle würde ich mich genieren (Abg. Schützenhöfer: „Für dich braucht er sich nicht genieren!“), wie Sie die steirische Bevölkerung missbraucht haben für parteipolitische Taktik, ausschließlich für parteipolitische Taktik. Sie haben nur auf die Wahl hingeshielt und Ihnen war jedes Mittel recht um zu sagen, liebe Steirerinnen und Steirer, ich bin der große Aufdecker dieser Geschichte, ich stehe auf eurer Seite. Gar nichts haben Sie gemacht, gar nichts. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Ich stehe auf eurer Seite!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Ihr müsst zu eurer Mitverantwortung stehen. Und wenn dieser Unterausschuss ein Gutes haben sollte, dann sollt ihr einmal in euch selbst gehen und sagen: Jawohl, wir waren mit dabei, wenn es Ihnen um die Aufklärung gegangen wäre. Unsere Leute waren mitten drinnen. (Abg. Kröpfl: „Sag mir einen Politiker, der da dabei war!“)

Wir haben nichts dazu beigetragen, dass irgendetwas sich verändert in dem Zusammenhang. (Abg. Kröpfl: „Ihr habt nicht einmal einen hineinproklamieren können, weil ihr nicht gekonnt habt!“) Weil was hat denn der steirische Stromzahler bitte von dem, was ihr da ständig als Theater runterspielt? (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, mit der Gründung des Untersuchungs-Ausschusses war für euch klar, es geht nicht um die Aufklärung, es geht nicht um die sachliche Auseinandersetzung, es geht nicht darum, dass man Fakten auf den Tisch legt, sondern es geht ausschließlich darum, der ÖVP und der Frau Landeshauptmann mitzuteilen – jedes Mal und bei jeder Pressekonferenz und bei jeder Zeitungsannonce –, sie alleine ist schuld, was da für Vorgänge passiert sind. Und das ist zu verurteilen, meine Damen und Herren.

Und die FPÖ (Abg. Wiedner: „Sprich gut über uns!“), na ja – Karl Wiedner, ich habe eine blaue Krawatte an –, weil ihr seid ja auch mit dabei, ihr braucht auch nicht so tun, als ob ihr davon nie etwas gewusst habt, weil der Herr Raidl war ja auch immer dabei, bekanntlicherweise (Abg. Wiedner: „Genau dagegen haben wir gestimmt!“) und der Landeshauptmannstellvertreter hat im Unterausschuss überhaupt mitgekriegt, dass er für die Energie in der Steiermark zuständig ist, meine Damen und Herren. Daher auch so zu tun, wir haben auch nichts dafür können und auch wieder nur, die anderen sind schuld, also das ist eine alte politische Argumentation, die niemand mehr versteht, meine Damen und Herren. Ich glaube, es geht auch bei euch darum, dass man einfach einmal die Wahrheit sagt. (Abg. Wiedner: „Mir kommt vor, du warst nie dabei!“)

Dann sag es, dass ihr auch mit Verantwortung tragt, dann hättest es da heraußen gesagt. (Abg. Wiedner: „Er hat dagegen gestimmt!“) Nicht einmal zu dem Antrag und zu diesem Bericht von Herrn Hagenauer habt ihr mitgehen können, meine Damen und Herren.

Daher sage ich zum Abschluss, es ist leider schade, dass immer nur die Politik die große Rolle spielt. Es ist mir eigentlich auch darum gegangen. Und ich danke dir vor allem, Christopher Drexler, weil uns ist es nicht gegangen, und viele Sitzungen – (Abg. Prattes: „Aufzuwecken!“)

Herr Kollege Prattes, du hast dann Zeit, auch darüber zu reden, dass es uns nicht nur gegangen ist um Beistriche, Wortformulierungen und dergleichen mehr, sondern uns ist es im Ausschuss um Inhalte gegangen und um Aufklärung. Wir waren die Einzigen, die versucht haben, in diesem Bereich das so weit zu treiben. Bei euch ist es nur bei der Politik hängen geblieben. (Abg. Kröpfl: „Um das Zudecken ist es gegangen!“) Hör zu, lies bitte euren Antrag.

Bei 97 Prozent dieses Berichtes, den der Hagenauer vorgelegt hat, haben wir gesagt, jawohl, das können wir mittragen. Nur, euch ist es nicht einmal gelungen, etwas mitzutragen.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 12.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Zehn Minuten, bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (12.00 Uhr): Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, werte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Herr Kollege Drexler, gratuliere zu Ihrer kurzweiligen Rede. Wenn man ein bisserl aufgepasst hat, hat man allerdings merken müssen, dass Sie sich mit der Causa nicht beschäftigt haben. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Ich habe sehr genau zugehört, Herr Kollege Bittmann, es ist eine sehr ernste Situation, eine sehr ernste Causa, aber der Herr Kollege Drexler hat es vorgezogen, über die anderen Parteien zu sprechen und nicht sehr viel über die ÖVP zu sagen und schon gar nicht sehr viel über die ÖVP bis zum heutigen Tag zu sagen.

Er hat aber in einem kleinen Nebensatz dann etwas geoutet, etwas gezeigt, was in diesem Fall sehr erhellend ist. Er hat gesagt, das Unternehmen, nämlich die ESTAG, ist jetzt auf einem guten Weg. Das ist eine sehr erhellende Aussage, denn damit bestätigen Sie selbst richtigerweise, dass die ESTAG nicht immer auf einem guten Weg war, bis jetzt oft aber schon sicher nicht auf einem guten Weg war. Und ich frage Sie, wer war zuständig dafür? Hat das ohne die ÖVP stattgefunden? Wer waren denn die Beteiligungsreferenten, die -referentin? (Abg. Mag. Drexler: „Das haben wir ja nie bestritten!“)

Wenn Sie sagen, das Unternehmen ist jetzt auf einem guten Weg, dann sagen Sie für mich gleichzeitig, das, was in der letzten Zeit vorgefallen ist, war nötig, um die ESTAG auf einen besseren Weg zu kriegen als sie es vorher war. Und wer war zuständig für diesen Weg der ESTAG, Herr Kollege Drexler? Mit Sicherheit der Beteiligungsreferent Paierl, mit Sicherheit die Beteiligungsreferentin Landeshauptfrau Klasnic, mit Sicherheit die Landesregierung in ihrer Gesamtheit. Das haben Sie damit bestätigt. Dass Sie es jetzt vorziehen, es so darzustellen, dass es eigentlich um den guten Weg geht, zeigt mir, dass Sie Kindeswegleitung betreiben, und das hat auch Tradition in der ÖVP, denn wenn ich jetzt höre von der Finanzreferentin, wir lügen nicht mehr beim Budget, dann muss ich mich fragen, wer hat bisher gelogen? (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Es waren jene, die die bisherigen Budgets erstellt haben, zumindest die der letzten vier Jahre. Wenn ich mich recht erinnere, war das auch eine ÖVP-Verantwortung, Herr Kollege Drexler und meine Damen und Herren von der ÖVP.

Aber ich denke, die Steirerinnen und Steirer machen sich selbst ein Bild, haben nicht so ein kurzes Gedächtnis, wie man in der ÖVP offensichtlich hofft. Ich bin mir sicher, dass die Menschen schon wissen, womit sie es da zu tun haben.

Was mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist: Wenn es um die Verantwortung geht, da gibt es für mich zwei ganz essenzielle Hinweise, wie Verantwortung in so einem Bereich aussieht, und zwar findet sich ein Hinweis im Bericht des Untersuchungs-Ausschusses und der ist eigentlich ein Ergebnis eines anderen Untersuchungs-Ausschusses, nämlich des Pyhrn-Untersuchungs-Ausschusses. Das ist der erste Hinweis. Der zweite Hinweis, es hat einmal einen Weisenrat gegeben, vor einigen Jahren, der Vorkommnisse in der EU-Kommission zu bearbeiten hatte. Und beide Institutionen sind zur selben Meinung gekommen, nämlich dass es gar nicht notwendig sein muss, wenn man Verantwortung trägt, wenn man Regierungsverantwortung trägt, wenn man für die Umsetzung zuständig ist, dass es gar nicht notwendig ist, Herr Kollege, ich sage es Ihnen, weil Sie wissen es nicht, Sie haben die Verantwortung, aber Sie wissen nicht, was das bedeutet. Leider muss ich es Ihnen sagen, Herr Kollege. Ich übernehme gerne Verantwortung, kein Problem, und ich zeige Ihnen dann auch, dass es anders geht, als diese Form, wie hier in der Steiermark regiert wird.

Was beide Institutionen als Resümee gehabt haben, ist, dass es nicht notwendig sein muss in einem System, dass es schon Hinweise auf Fehler gibt. Wenn es diese aber gibt, dann ist umgehend Aufklärung zu betreiben. Das kann sich die ÖVP allerdings nicht auf ihre Fahnen heften, dass sie das getan hätte. Erstens.

Zweitens muss man von sich aus permanent überprüfen, ob alles ordentlich läuft, auch ohne Hinweise auf irgendwelche negativen Entwicklungen und Situationen.

Beides ist nicht erfolgt.

Das ist das, wofür Sie zuständig sind, meine Damen und Herren von der ÖVP. Und auch alle Regierungsmitglieder – die gewesenen und die jetzigen – in ihrer Zuständigkeit müssen sich und sollen sich angesprochen fühlen.

Herr Kollege Drexler, noch einmal zu Ihnen: Auf eine falsche Frage kann man nur eine falsche Antwort bekommen. Wenn die Frage ist, wenn fünf Rechtsanwälte sagen, klagen Sie nicht, Sie können nicht gewinnen, dann wird die Antwort natürlich sein, von jeder Person, die gefragt wird, würde sie jetzt klagen oder nicht, nein, um Gottes willen, da greife ich nicht hin.

Aber hier sind nicht fünf Rechtsanwälte und sonst niemand, der sagt, klagen Sie nicht, Sie haben keine Aussicht auf Erfolg. Für mich ist der Rechnungshof eine Instanz, der ich etwas zutraue, und die sagt, klagen, es besteht die Aussicht, dass das gut ausgeht. Gut im Sinne von Klärung. (Abg. Mag. Drexler: „Sie reden immer von unseriösen Dingen!“) Ernst und Young kommt zur selben Ansicht und zur selben Aussage.

Es ist unseriös, Herr Kollege Drexler – (Abg. Mag. Drexler: „Dann sagen Sie aber auch, was der Rechnungshof wirklich schreibt!“)

Aber Sie werden mir Recht geben müssen – das werden Sie jetzt nicht können, das verstehe ich, Gerichtsverlust –, wir sind nicht allein auf der Welt mit fünf Rechtsanwälten, die sagen, nicht klagen. Da werden Sie mir Recht geben müssen. Das ist eine unrichtige Darstellung. (Beifall bei den Grünen.)

Noch eine Aussage von Ihnen, Herr Kollege: Sie haben gesagt, Misstrauensanträge, die Grünen, inflationär, bringen jede Woche einen Misstrauensantrag ein.

Ja, Sie haben Recht, das sagt etwas über die Grünen aus, und zwar, dass sie es sich nicht nehmen lassen, politische Verantwortung auch festzumachen und dass sie es sich nicht nehmen lassen, konsequent den nächsten Schritt zu tun und einer Person, in ihrer Funktion nämlich, das Misstrauen auszusprechen, wenn sie

den Eindruck haben, den massiven Eindruck, dass diese Person ihre Arbeit nicht tut, aus welchen Gründen auch immer. Es ist aber auch eine Aussage über die Regierung, meine Damen und Herren. Wenn in einer Landtagsperiode drei Misstrauensanträge ausgesprochen werden von einer hier im Landtag vertretenen Partei, dann ist das eine Aussage über die Personen, die Regierungsverantwortung übernommen haben. Und das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei den Grünen.)

Nun zur FPÖ. Ich halte es für eine mutige Aussage, Herr Kollege Wiedner – irgendwo wird er es schon hören, irgendwer wird es ihm schon erzählen, er ist nicht anwesend – ich halte es für eine mutige Aussage, meine Damen und Herren von der FPÖ, wenn jemand von Ihnen derzeit von einem Deal redet.

Ja, echt mutig. Was haben wir am Wochenende in der Zeitung gelesen? Ich weiß, es ist nicht bewiesen. (Abg. Mag. Drexler: „Das Vertrauen der Grünen in die ‚Kronenzeitung!‘“) Das Vertrauen der Grünen in die „Kronenzeitung“ – wir haben nachrecherchiert und es gibt Hinweise, dass das wirklich keine leeren Behauptungen sind. Ich halte es für eine mutige Aussage, den Grünen zu unterstellen, dass sie an einem Deal mit den Schwarzen interessiert sind oder dass es einen solchen Deal gibt. Sie können uns an unseren Taten messen. Es gibt da einen tollen Spruch im Frauen- und Familienressort: „Taten statt Worte.“ Das ist ein Spruch, den könnte man sich jederzeit hinhängen, der ist immer sehr interessant. Drehen Sie den Ton weg, stellen Sie das Getöse leiser, Sie werden sehen, was an Handlungen übrigbleibt. Da werden Sie sehen am Ende des Tages, wenn die ESTAG hier in diesem Raum wirklich abgeschlossen wird, wer spricht der Regierung, wer spricht der Regierungschefin das Vertrauen aus und wer nicht. Und das alles, was vorher ist und das alles, was wir heute hier hören, geht dann auf den Status des Theaterdonners zurück. Die Handlung zählt, meine Damen und Herren, im Endeffekt und wenn man da den Einkehrschwung macht, nein, das tun wir aber nicht, dann hat man es mit einer Partei zu tun, die repräsentiert durch ihren Landeshauptfraustellvertreter Schöggel sagt „ein Mann, ein Wort“, die sagt dann „okay, passt“, das ist das Wort. (Beifall bei den Grünen.) Tun wir weiter so, Sie haben sich entschieden.

Und der Vorwurf, die Grünen sind an die Öffentlichkeit gegangen mit dem Bericht. Ich finde das richtig, wir haben das auch gemeinsam entschieden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf diese Information (Abg. Straßberger: „Das ist eine vertrauliche Sache!“), gleichzeitig hat Herr Wiedner gesagt, es ist ein „Softy-Bericht“. Ich verstehe es einfach nicht, was ihn dann aufregt, wenn das ein „Softy-Bericht“ ist, dann ist es ohnedies nichts Gefährliches, wenn das die Öffentlichkeit erfährt.

Zur SPÖ. Die Inserate werden immer größer, immer größer. Aber, Herr Landeshauptfraustellvertreter bestätigt durch seine Handlung und die seiner Partei, dass er eigentlich weniger den Blitz einschlagen sieht in der ÖVP, als sich selbst als Blitzableiter für die Landeshauptfrau anbietet. Vor zwei Monaten war die Situation in seinen Augen und in den Augen der SPÖ noch so desaströs, dass man auf eine Neuwahl hingearbeitet hat. Heute ist man nicht bereit, diesem Misstrauen auch Ausdruck zu geben. Es bilde sich jeder selber ein Bild. Proporz einigt (Landesrat Dr. Flecker: „Das hat man heute schon gesagt!“), Proporz und das Dasein in der Regierung ist offensichtlich wichtiger als das, etwas wirklich zu Ende zu führen, was man in Behauptungen jederzeit in den Raum stellt. Ich wünsche Ihnen, dass der Blitz ein bisschen, nicht desaströs, aber doch der SPÖ zugute kommen möge, vielleicht nicht in sie einschlagen möge, aber ich wünsche Ihnen einen Energieschub, der Ihnen auch ermöglicht, bis zum Ende die Handlung durchzuführen, denn der Blitz, der dreht nicht auf halbem Weg um. Der schlägt ein oder er schlägt nicht ein. Das ist Konsequenz, Herr Landeshauptfraustellvertreter Voves und SPÖ. (Präsident: „Die Redezeit ist zu Ende, sehr geehrte Frau Abgeordnete!“)

Okay, dann möchte ich nur noch eines sagen, zu Schwarz-Grün. Es stimmt, der Herr Kollege Drexler ist in der letzten Zeit sehr nett zu uns. Das ist richtig, tut auch überhaupt nicht weh – (Abg. Mag. Drexler: „Nett war ich immer!“) Feststellung vielleicht für Sie, aber schauen Sie sich die Daten an. Schauen Sie sich an, wer in dieser Hinsicht in Sachen ESTAG konsequent den Weg bis zum Ende geht und wer das nicht tut und dann kennen Sie die Haltung der Grünen und dann wissen Sie, dass wir bereit sind auszusprechen, worum es geht und das zu tun, was zu tun ist, nämlich der Person, die wir für verantwortlich, für zentralverantwortlich halten, für diesen Skandal das Misstrauen auszusprechen. Und das wird am Ende der Budgetdebatte nächste Woche stattfinden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.12 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Prattes. Herr Abgeordneter bitte.

Abg. Prattes (12.12 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der umfangreichen Pressevorberichterstattung hat man schon die Äußerungen des Klubobmannes Drexler vernehmen können „vom Theater“. Heute hat er gesagt „es ist eine Operette“. Ich gebe dir Recht, denn wenn die ÖVP als Minderheitsbericht den der Grünen hier einbringt, dann ist das wirklich operettenhaft. Das stimmt in dem Fall wirklich! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) Fast 98 Prozent eines zahnlosen Berichtes habt ihr übernommen. So habt ihr auch die ganze Zeit agiert. Immer dann, wenn es geheißen hat, Paierl oder vor allem Klasnic, nein, nein, nein. Das hast du ja öffentlich gesagt, wenn die Frau Klasnic in diesem Bericht vorkommt, geht ihr nicht mit. Also habt ihr einen Bericht schon vorweggenommen. (Abg. Straßberger: „Das ist unwahr!“) Ich möchte aber auch eines bitte schön sagen, auf eines möchte ich eingehen. Du hast politische Hygiene eingemahnt. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Partei, die es zulässt, dass keine Organhaftung erhoben wird, hat jedes Recht verwirkt, ein anderes Organ herauszuschießen, vor allem dann, wenn es in nicht landesnahen Bereichen tätig ist. Ich frage einmal etwas anderes, Herr Klubobmann,

wie ist denn das mit der ÖVP nahe stehenden Personen? Es ist ja schon der Name Dr. Frizberg gefallen im Zusammenhang mit Heresch-Werke. Ich glaube, das ist der Finanzreferent der ÖVP, oder irre ich mich da? (Landesrat Dr. Flecker: „Der hat schon verdient, der Gute!“)

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist ja sehr klar. Von euch her ist die ESTAG ein SPÖ-Betrieb, denn die ÖVP kommt überhaupt nicht vor. Ich möchte es ja noch umdrehen bitte schön. Wisst ihr, was die SPÖ in der ESTAG war, wie ein paar Preiselbeeren in einem Schwarzbeerstrudel, so schaut es aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr habt es vortrefflich verstanden, einen Namen immer zu transportieren. Aber bitte schön, ich habe noch nie irgend etwas über einen der ÖVP nahe stehenden Vorstandsdirektor/Aufsichtsrat gehört. In homöopathischen Portionen waren wir dort drinnen, aber es ist alles zuzuordnen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines unterscheidet uns sehr wohl, wir stehen zu unserer Verantwortung. Lest bitte unseren Minderheitsbericht. Und eines sage ich auch, solange der Landesrat Ressel noch das Sagen gehabt hat, war ja noch alles in Ordnung. (Beifall bei der SPÖ.) Denn wann haben denn die Beteiligungen begonnen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Der Herr zurückgetretene Landesrat, der hat das immer sehr deutlich formuliert, immer in englischen Verben ausgedrückt, multiutility (Abg. Majcen: „Das hat ihr nicht verstanden!“) hat das geheißt. Das sind diese tollen Beteiligungen in den artfremden Geschäften, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und lassen wir doch bitte Revue passieren, wann hat denn das alles begonnen? Eben in diesen artfremden Beteiligungen. Aber davon wollt ihr nichts wissen, davor deckt ihr alles zu. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es darum geht, politische Verantwortung zu übernehmen, dann fällt mir das ein, was der Herr Ex-Landesrat und dann Vorstandsdirektor Hirschmann gesagt hat bei seiner ersten Einvernahme. Er hat gesagt, „wie ich die Aussagen vom 1. April gelesen habe, habe ich mich gefragt, hat es sich hier um die Generalversammlung der Osterhasen gehandelt, nämlich nach dem Motto ‚mein Name ist Hase, ist weiß von nichts‘“. Und so hat sich das durchgezogen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es waren ja der Untersuchungs-Ausschuss und die Zeugenbefragungen durchaus öffentlich und ich weiß nicht, wer vom Publikum hier dabei war, der hat eines feststellen können, die ÖVP war überhaupt nicht interessiert, irgendwo vertiefend zu fragen, irgendwo eine nachfolgende Aufklärung zu haben, wenn es darum gegangen ist, dass ihre Funktionäre vielleicht irgendwo in die Ziehung kommen.

Es war ja auch so, bitte schön, dass sich die Frau Landeshauptmann – sie ist jetzt momentan nicht da – verschiedener Wahrnehmungen, um das vornehm auszudrücken, bedient hat. Ich sage nur das Beispiel „Beteiligung der EGG“. Was war denn da? In der ersten Zeugeneinvernahme hat sie gesagt, da weiß sie überhaupt nichts. Sie kann sich an nichts erinnern. Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie war denn das wirklich? Es gibt Personen, die dabei waren, die bereit wären, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, dass die wichtige Abschlussbesprechung im Büro der Frau Landeshauptmann stattgefunden hat. Nur, sie sagt, ich kann mich daran nicht erinnern. Bitte schön, das sind Wahrnehmungslücken, die man so nicht akzeptieren kann (Beifall bei der SPÖ.) Vom 14. Juli rede ich gar nicht mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wenn man sich herstellt und sagt, es ist eh alles klass, wir wissen überhaupt nicht, was dort los war, dann hat ja der Herr Hirschmann sehr schön alle handelnden Personen aufgezählt und zur Bestätigung gesagt, „Christopher, stimmt es?“ Ja, so war es ja. Du warst ja dabei. Also mir wäre das peinlich gewesen.

Da wäre ich spätestens aufgestanden und wäre hinausgegangen. Aber dann herzugehen und zu sagen, wir wissen von gar nichts und jetzt auf einen Namen sich festzumachen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist zu billig, so geht es wirklich nicht.

Ich komme schon einmal zu meinem Schluss.

Die SPÖ ist bereit, wie sie es immer war, Verantwortung zu übernehmen, gerade mit unserem Landesparteivorsitzenden. Wie es heute schon gesagt worden ist. Wenn man schon im Vorfeld hergeht und schreibt, ein „rüder Ton wird heute sein im Landtag“, dann sage ich, der rüde Ton kommt nur von einer Ecke. Da hast du nie Schwierigkeiten gehabt, Christopher. Aber wie heißt es? Der, der Wind sät, wird Sturm ernten.

Der Kollege Gennaro hat ja heute schon gesagt, wie war denn das jetzt wirklich mit deinem Auftrag, den du von der Regierung bekommen hast? Ich kann mir schon vorstellen, wenn ich nur nachdenke, wie kann ich einen anderen beleidigen, komme ich zur eigentlichen Arbeit nicht dazu. Das wäre eigentlich deine Aufgabe. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Kollegen Bacher möchte ich schon eines sagen: Das ist heute schon wieder gekommen, wenn wir die ÖVP kritisieren, dann machen wir das Land schlecht, dann lügen wir die Bürger an, dann ist alles schlecht. Die Steirerinnen und Steirer werden sich bei euch sehr bedanken, wenn es die Strompreiserhöhung gibt, wenn es die Gaspreiserhöhung gibt. Das müsst ihr den Leuten erklären, weil das sind menschliche Probleme, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber von den Menschen und wenn es um die soziale Komponente geht, da ist die ÖVP schon lange weg, sie macht Klientelpolitik. So schaut es nämlich aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

So gesehen, sage ich euch, war dieser ESTAG-Untersuchungs-Ausschuss wichtig, wichtig und noch einmal wichtig. Denn eines ist aufgezeigt worden: Wer steht wirklich für die Menschen ein und wo muss man eingreifen, dass man den Menschen helfen kann? Die SPÖ steht dafür!

Ich danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.20 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bittmann.
Herr Abgeordneter Bittmann, bitte Redezeit zehn Minuten.

Abg. Bittmann (12.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Zuhörer!

Jetzt fängt die Geschichte wieder an, es ist so mühsam manchmal. Ich kann mich ja an Dringliche Anfragen der SPÖ erinnern, da hat einmal eine Unterschrift gefehlt, einmal war hinten ein anderer Name als vorne. Ich habe damals um Ordnung gebeten. Es hat eine Zeit lang funktioniert, jetzt funktioniert es schon wieder nicht.

Aber ich darf dir und deinem Team helfen, Walter. Unselbstständiger Entschließungsantrag betreffend Landesbonus für Stromkunden und so weiter und so fort. Da steht drinnen, „die Vorgangsweise der Frau Landeshauptmann bedeutet, dass eine sehr wichtige Gruppe unserer Gesellschaft, die Klein- und Kleinstbetriebe, nicht enthalten sind im Landesbonus“. Stimmt nicht, ist einfach falsch. Ich darf einen Brief vorlesen: „Unter Bezugnahme auf Ihre Anfrage zum Landesbonus für Stromkunden kann ich mitteilen, dass gewerbespezifische Preismodelle mit 1. Juli 2004 nicht erhöht wurden. Franz Kailbauer.“ Zur Erklärung – na, dem Kröpfl erkläre ich gerne alles –, Franz Kailbauer, Vorstandsdirektor der ESTAG.

Also, nicht einen Entschließungsantrag einbringen, der nicht stimmt. Ihr könnt es noch korrigieren. Ihr könnt ihn zurückziehen, ihr könnt sagen, war ein Blödsinn, werden wir in Zukunft wieder ordentlich arbeiten. Das ist das Erste.

Wenn man acht Monate zusammensitzt und verhandelt, konstruktiv oder auch nicht, dann ist es auch Zeit, danke zu sagen. Und ich bedanke mich zuallererst bei den Mitarbeitern vom ÖVP-Klub, an der Spitze Franz Zenz, bei der Birgit Slanina, bei der Verena Korherr, beim Blacky Christian Schwarz und beim Michi Feiertag und bei allen anderen Mitarbeitern. Ihr habt hervorragende Arbeit geleistet. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP.)

Es war ein Spaß, zu jeder ESTAG-Untersuchungssitzung zu gehen, weil wir haben gewusst, die Unterlagen stimmen – zum Unterschied von denen der SPÖ –, sie sind richtig, sie sind ausführlich und es war wirklich toll, mit euch zusammenzuarbeiten.

Ein weiteres Danke darf ich unserem Klubobmann sagen. Er hat ruhig und besonnen reagiert. Manchmal war das sehr schwer. Wenn nämlich der Herr Kröpfl ihn ausschließen lassen will aus dem Untersuchungsausschuss, da ist es schon schwierig, noch von einer konstruktiven Zusammenarbeit zu reden. Aber du hast unseren Klub hervorragend vertreten. Deine juristische Ausbildung war sicher kein Nachteil. Ein Nachteil war es vielleicht, wie wir einmal von einer Dritten Lesung geredet haben, da haben nämlich die vereinigten Oppositionellen so Angst gehabt vor dem Ausdruck „Dritte Lesung“, dass wir hier stundenlang verhandelt haben. (Abg. Wiedner: „Vor dir muss man ja Angst haben!“) Auch der Herr Hofrat Anderwald hat versucht das zu erklären, worum es sich handelt. Wir hätten vielleicht sagen sollen, wir reden noch einmal darüber, dann hättet ihr das verstanden. Gut, jetzt wissen wir es. Danke Christopher. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist nicht nur bezeichnend, dass von der gesamten SPÖ-Fraktion nur mehr ein paar Abgeordnete da sind, es ist auch bezeichnend, dass sich niemand beim Herrn Kröpfl bedankt hat. Ich werde Ihnen jetzt erklären, warum das so war, was ich zumindest glaube.

Der Klubobmann Kröpfl hat im Genick den Gennaro gehabt, den Nichtklubobmann und der den Stellvertreter zurückgelegt hat – hingeschmissen hat er das dem Voves. Na gut, das ist nicht unser Problem. Beim Klubobmann Kröpfl hat sich niemand bedankt.

Bedanken müsste man sich beim Hofrat Nerath. Der hat nämlich in Wahrheit da die Fäden gezogen. Das war auch gut so, weil der kennt sich aus. Zur Erklärung, der Herr Klubobmann Kröpfl – da war der Hofrat Nerath einmal nicht anwesend – hat gesagt, na ja, der Landesrat Paierl wurde befragt. Das war unklar formuliert, da haben wir gesagt, du, Walter, wer hat da wen befragt? Da hat er gesagt, die Hauptversammlung hat den Herrn Landesrat Paierl befragt. Dann haben wir dem Herrn Kröpfl aber schon sagen müssen, dass die Hauptversammlung der Landesrat a. D. selber ist. Der hat sich also selber gefragt. Wie das gegangen ist, weiß ich nicht. Er hat dann seinen Antrag zurückgezogen. Aber das war ein bisserl mühsam – macht aber nichts. (Beifall bei der ÖVP.)

Der größte Dank von meiner Seite geht an dich, Frau Landeshauptmann. Du hast nämlich nicht mit Schaum vor dem Mund und irren Inseraten und wirren Klageönen agiert. Du hast besonnen reagiert. Du hast im richtigen Moment geschwiegen – das ist manchmal schwer – und du hast zum rechten Zeitpunkt gehandelt. Du hast Verantwortung übernommen. Du bist jetzt Beteiligungsreferentin. Und du agierst zukunftsorientiert. Danke, Frau Landeshauptmann! (Beifall bei der ÖVP.)

Der Gegenpol ist einer deiner Stellvertreter – der Petzibär. Winterschlaf fällt mir ein. Er hat ja eigentlich nicht viel zu tun.

Wenn man sich von allen Landesregierungsmitgliedern die Ressortverteilung anschaut, dann ist beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves ein weißes Blattl. Er hat die wenigen SPÖ-Gemeinden – na gut. Er hat nichts zu tun! Dafür, dass er so wenig zu tun hat, ist sein Büro ja eigentlich zu groß. Aber das ist seine Verantwortung. Den Stuhl höflich zurechtzurücken, bei einer Regierungssitzung den Mund zu halten und nachher, flankiert von Flecker und Erlitz, groß den Mund aufmachen, das ist schwach, Herr Voves. Trauen Sie

sich etwas sagen bei der Regierungssitzung, nicht nachher dann groß reden, wenn der, der eigentlich die Macht in der SPÖ übernommen hat – der Flecker –, neben Ihnen sitzt und Sie sich stark fühlen. Sie, Herr Voves, können ja nicht einmal richtig inserieren. (Abg. Stöhrmann: „Das ist typisch Niveau Bittmann!“)

Wenn jemand den 100. Geburtstag feiert, dann kann man gratulieren. Das kann man in der einen oder anderen Form machen. Man kann es sympathisch machen. Das wäre zum Beispiel eine Gratulation „100 Jahre – super gratuliere, tolle Zeitung“. Man kann es aber auch in einer selbstgefälligen Form der Selbstbeweihräucherung machen. Wenn hier steht – ich meine, das ist keine Gratulation, das ist ein Witz, aber bitte – „die anschließende Neuwahl“, gemeint ist die anstehende Neuwahl des Herrn Voves am Samstag, „scheint ein Triumph für den sich in rascher Zeit profilierten ehemaligen Quereinsteiger zu werden“, dann kann ich nur lachen, weil hier ist enthalten das Wort „profilierter“. Jetzt frage ich Sie, Herr Voves, womit haben Sie sich profiliert? Mit einer Frau Landesrat, mit dem Flecker-Kuschelkurs? Oder haben Sie sich profiliert, indem Ihnen der Kurt Gennaro den Klubobmannstellvertreter hingeschmissen hat? Als verantwortungsvoller Politiker haben Sie sich in der ESTAG-Debatte nicht profiliert. (Beifall bei der ÖVP)

Aber schlafen Sie weiter, der Winter ist lang. Es gibt ja so ungefähr alle zehn Jahre einen Untersuchungsausschuss, weil da hat man schon vergessen, wie der letzte war, man macht wieder einen. Ich habe jetzt einen miterlebt, es war sehr interessant, es war aufschlussreich, der Herr Vorsitzende Hagenauer hat ihn toll geführt. Das hat ein bisschen die Frau Sonnek geärgert, weil sie da nicht so im Mittelpunkt war. Aber ich war sehr froh, dass der Peter Hagenauer das gemacht hat, weil der in Wirtschaftsfragen der einzige Experte der Grünen ist. Und deswegen haben wir seinem Bericht auch zu 97,34 Prozent zugestimmt! Nur 2,66 Prozent haben gefehlt und wir hätten 100 Prozent gehabt. Toll wäre das gewesen! Die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses ist zu kritisieren. Die war nämlich vier zu drei zu zwei zu eins, vier ÖVP, drei SPÖ, zwei FPÖ und ein Grüner. Wenn ich das jetzt hochrechne, dann dürften hier auf die Grünen bezogen nur zwölf Mandatare der ÖVP sitzen, es sind aber 27 und auf die Blauen bezogen dürften immerhin 16 ÖVP-Mandatare hier sitzen, es sind aber 27, wir waren hier also sehr kulant, sehr kulant in der Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses, was die Stärke der im Landtag vertretenen Parteien nicht widerspiegelt hat.

Der Herr Klubobmann Kröpfl hat von Machtmissbrauch gesprochen. Die Wahl 2000 ist ausgegangen wie sie ausgegangen ist. Es ist kein Machtmissbrauch, der von der ÖVP betrieben wird, sondern wir sind gewählt worden. Zum Unterschied vom Herrn Kröpfl und seinen Genossen. Wir werden auch weiterhin für dieses Land verantwortungsvoll tätig sein. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 12.31 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Dietrich. Frau Abgeordnete.

Abg. Dietrich (12.31 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Der Untersuchungsausschuss war eine einzige Erfahrung für viele von uns wahrscheinlich. Ich habe mitunter das Gefühl gehabt, so viel gelogen wie damals, gelogen, dass sich die Balken biegen, bei Einzelnen, die einvernommen wurden, das habe ich in meinem bisherigen Leben noch nicht miterlebt. Und wenn ich heute die Wortmeldungen einiger Kollegen mitverfolgt habe, habe ich das Gefühl, einige haben bereits vom Untersuchungsausschuss gelernt. Denen ist das bereits in Fleisch und Blut übergegangen, wie man sich verhält, wie man Dinge nicht beim Punkt anspricht, wie man sich einfach an der Verantwortung vorbeischlängelt.

Meine geschätzten Damen und Herren, dieser Untersuchungsausschuss hat uns die letzten Monaten hinweg beschäftigt. Das Land Steiermark ist mit diesem Thema über Monate hinweg nahezu gelähmt gewesen und ich bedaure es zutiefst, Kollege Hagenauer, dass es nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Bericht zustande zu bringen. Ich persönlich, ich hätte es mir gewünscht und es wäre ein wichtiger Erfolg gewesen und es wäre auch das richtige Zeichen gewesen, dass es gelingt. Dass das nicht möglich war, da spielen oft ganz einfache menschliche Dinge mit. Ich glaube, dass du mit deinem Vorgehen, indem du den Bericht den Medien präsentiert hast, ohne dass ein einziges Mitglied im Untersuchungsausschuss den Bericht jemals gesehen hat, mit diesem Vorgehen hast du den Ausschuss brüskiert. (Abg. Hagenauer: „Das war der Deal mit der ÖVP!“)

Ja, vielleicht. Ich glaube, ab dem Punkt war das einfach ein ungeschicktes Vorgehen deinerseits. Es gibt für uns schon einen Knackpunkt, warum wir dem Bericht in der Form, wie du ihn vorgelegt hast, nicht zustimmen können. Dieser Knackpunkt ist eindeutig in der politischen Verantwortung gelegen. Ich weiß schon, dass es dir als Grüner recht ist, wenn die gesamte Regierung Verantwortung trägt. Das ist ja durchsichtig, ist leicht nachzuvollziehen. Man weiß ja, wir Grünen sind nicht in der Regierung, alle anderen sind schuld, wir sind die einzige Opposition in dem Land und damit könnte man diese Linie, die man ja beschritten hat, glaubwürdig weiterschreiten.

Da in dem Punkt ist mir auch klar, dass sich die Interessen der Grünen mit jenen der ÖVP getroffen haben. Der ÖVP war es natürlich auch recht, dass die Verantwortung auf möglichst vielen Schultern verteilt wird. Die Verantwortung kann man eingrenzen und die Verantwortung trägt einige wenige Namen in dieser ganzen ESTAG-Causa. Kollege Hagenauer, auch für mich ein Widerspruch, plötzlich möchtest du einen Misstrauensantrag gegen die Frau Landeshauptmann, wo doch die gesamte Regierung Verantwortung trägt. Warum denn nicht gegen die gesamte Regierung? (Abg. Hagenauer: „Weil es um die Organhaftung geht!“) Aber, Kollege Hagenauer, wenn die Regierung als Kollegialorgan Verantwortung trägt, dann trägt sie auch in

diesem Sinn als Kollegialorgan Verantwortung. (Abg. Hagenauer: „Schöggl hat nicht mitgestimmt!“) Und dass kein Zweifel aufkommt, es ist verwerflich, wenn Landtagsbeschlüsse nicht eingehalten werden. Das ist ein Affront gegen den Landtag. Ich bin froh, dass Landeshauptmannstellvertreter Schöggl hier eine positive Aussage darstellt. (Abg. Hagenauer: „Richtig!“ – Beifall bei der FPÖ.)

Und nach wie vor sind wir der Meinung, dass eine Klage der Verantwortlichen unabdingbar ist. Ich weiß auch, würde vielleicht das eine oder andere herauskommen, was den politischen Parteien sehr unangenehm werden könnte, meine geschätzten Damen und Herren. Das ist der Punkt und das ist aus meiner Sicht die Motivation. Wir haben einen Minderheitsbericht verfasst, weil uns der Herr Kollege Hagenauer keinen anderen Weg offen gelassen hat. Wir haben in diesem Bericht versucht, aus unserer Sicht die Verantwortung niederzuschreiben. Die Rolle des Eigentümerversetzers, egal ob er Ressel, Paiarl oder Landeshauptmann Klasnic heißt. Ich glaube, nach den vielen Worten, die heute gefallen sind, auch in der ÖVP, geschätzte Kollegen, es wäre Zeit, Verantwortung zu übernehmen, und nicht nur davon zu sprechen. Es wäre ein Zeichen der Größe, sich hinzustellen und zu sagen, ja, wir sind nicht zufrieden zum Beispiel mit den Abfertigungen. Das ist nach wie vor ein Skandal und das ist eine Schweinerei. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir sind nicht damit einverstanden, dass Jeneral zum Beispiel nach drei Jahren im Unternehmen einen Pensionsanspruch bekommt und seine Frau auch noch auf Lebenszeit. Das kann es nicht geben, das ist eine Schweinerei! (Beifall bei der FPÖ.)

Und wir sind auch der Meinung, dass es absolut ungerechtfertigt ist, wenn Ex-Landesrat Hirschmann nach acht Monaten im Unternehmen mit einer Gage von 1,2 Millionen Euro nach Hause spaziert. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren von der ÖVP, wo ist Ihre Glaubwürdigkeit? Kollege Majcen, da müsstest du als Volksvertreter aufstehen und sagen, das ist nicht in Ordnung und dagegen kämpfe ich an. Nicht alles immer unter den Teppich kehren und mit allem zufrieden sein.

Sehr oft in den letzten Monaten haben wir gehört – gerade von eurer Seite –, wo ist der Skandal? Ich glaube, spätestens nach der heutigen Diskussion weiß es jeder hier in diesem Raum, denn die Steirerinnen und Steirer, die wissen es schon lange, dass die gesamte Geschichte ein Skandal ist.

Ich glaube, das Wort „tippeltesch“ trifft mitunter auf einige zu, die nur das hören und wahrnehmen, was sie wollen. Die Lehren aus dieser ESTAG-Geschichte: Wir haben gelernt, dass es ein Netzwerk gibt, vor dem man sich fürchten muss und im Vergleich dazu sind die Freimaurer ein Mädchenpensionat. Wir haben gelernt, dass kleine Aufmerksamkeiten ganz schöne Summen sein können. Wir haben auch gelernt, Geschäfte macht man nur mit Freunden. Wir wollen, dass der Energieträger ESTAG zur Ruhe kommt. Und wenn wir jetzt von einem Superjahr 2004 hören, dann haben wir einen anderen Zugang dazu. Wir wollen faire Strompreise statt fetter Gewinne (Beifall bei der FPÖ.), denn es gibt nur einen Sinn, warum das Land Steiermark an einem Energieversorger beteiligt ist. Und dieser einzige Sinn kann nur sein, dass die steirische Bevölkerung einen Nutzen daraus zieht. (Beifall bei der FPÖ.) Dieser Nutzen kann sein, sichere Energieversorgung und – Punkt zwei – faire Preise. Dafür stehen wir und das wollen wir in Zukunft haben.

Wir werden genau kontrollieren, ob die Empfehlungen des Rechnungshofs umgesetzt werden, weil wir haben in der Vergangenheit schon so viel gehört, dass ich mir oft denke, „allein mir fehlt der Glaube“.

Nun noch zu einer Geschichte, die von zwei Rednern angesprochen wurde und die mir, nachdem sie mich persönlich trifft, äußerst wichtig ist. Die Kollegin Sonnek hat von politischer Kultur in dem Land gesprochen. Ich frage mich, welcher Geist steckt dahinter, welche politische Gruppierung, die gezielt diffamierende Gerüchte über die „Kronen-Zeitung“ lanciert? Das ist für mich auch politische Kultur.

Ich kann nur sagen, es ist dann nicht mehr witzig, wenn es einen selber trifft. Und wir drei sind namentlich drinnen, mit Foto. Man schaut das an und weiß nicht, Punkt a) wie man dazu kommt, Punkt b) was das Ganze überhaupt soll. Und ich finde es eine Schweinerei, dass sich jene, die solche Gerüchte in die Welt setzen, nicht hinstellen, nicht Verantwortung übernehmen, einem nicht in die Augen schauen können und gezielt sagen, so ist das oder so wird das sein, sondern dass hinten herum Gerüchte in die Welt gesetzt werden und diese dann über die Zeitung, so dass sich der andere nicht wehren kann, veröffentlicht werden. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Offensichtlich naht die Weihnachtszeit, da denkt halt der Eine an den Anderen und bedenkt einen mit einem netten Gerücht und mit einer liebevollen Geschichte. Ich und meine Kollegen, wir können auf diese Form von Geschichten – auch zur Weihnachtszeit – verzichten. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 12.42 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich ersuche um exakte Einhaltung der Redezeit.

Abg. Hagenauer (12.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen!

Gleich vorweg zu der mehrfach zitierten Vorgangsweise von mir, dass ich den Bericht öffentlich gemacht habe. Das ist zwar nicht zulässig, das ist unhöflich, zugegeben. Ich fühle mich allerdings nachträglich bestätigt, nicht zuletzt heute und jetzt hier. Ich werde auch gleich anschließend beziehungsweise ich habe das schon veranlasst, noch einmal ein Dokument aus dem Ausschuss weiterleiten, nämlich jenes Dokument, das auflistet, welche Fraktion beantragt hat, absatzweise welche Kapitel abstimmen zu lassen, damit man eben diese Kapitel aus dem Bericht heraus haben kann. Ich denke, da braucht man nicht stundenlang diskutieren,

ob 98 Prozent meines Entwurfs von der ÖVP angenommen wurden beziehungsweise wer eigentlich eh rücksichtslos und überhaupt der Aufdecker ist, sondern entlang dieser Liste sieht man sehr schön, welche Fraktion was nicht drinnen haben will. Und Ende!

Ich sage es Ihnen, ich habe das heute weitergegeben, schlicht und ergreifend, weil, um zu den Zahlen zu kommen, zu diesen 98 Prozent, geschätzte Kolleginnen, Kollegen von der ÖVP, es gibt natürlich zwei Arten, um jemandem auf die Pelle zu rücken. Die eine ist die, dass man ihn frontal angreift, dass man hergeht und sagt, er macht einen Deal, irgendwo heimlich und hinter den Kulissen. Das war nicht sehr geschickt, weil es für die Öffentlichkeit – denke ich – sehr unglaubwürdig war. Gott sei Dank auch deshalb, weil ich mit meinem Entwurf von Anfang an in die Öffentlichkeit gegangen bin, weil die Wahlkampfluft habe ich gerochen. Und das Argument, liebe Freunde von der Sozialdemokratie, dass es schwarz-blaue Absprachen gibt, das hatte ich schon vorher mehrfach gehört, wenn man schon von Wahlkampfstrategie und von Wahlkampfklima redet. Vor meinem Gang mit dem Bericht in die Öffentlichkeit haben Sie das schon mehrfach lanciert. So, das ist die eine Strategie

Die andere hat die ÖVP gewählt, indem sie mich halt umarmt und versucht hat, sich praktisch hinter mich zu stellen. Ich versuche mich zu wehren mit genau der Vorgangsweise, die ich jetzt vorhin dargestellt habe.

Nicht zuletzt für diejenigen im Raum, die diesen Bericht nicht in allen Details kennen und nicht wissen, wie so ein Bericht aufgebaut ist: Der besteht natürlich aus einem Analyseteil und dann hinten kommen die Schlussfolgerungen, da kommt man auf den Punkt. Und jene Passagen, wo ich dann auf den Punkt gekommen bin, da hat es dann halt einen Dissens gegeben. Das heißt, diese 97 Prozent kommen jetzt nicht nur aus einer Übereinstimmung, die ich ja positiv sehe und die ich durchaus auch als meinen Erfolg betrachte beziehungsweise anerkenne ich, wenn die ÖVP auch in der Lage ist – weil das ist ja die Basis für eine bessere Zukunft – zu sagen, ja, das ist falsch gelaufen. Diese 97 Prozent kommen eben auch deshalb zustande, weil man einfach bei den Schlussfolgerungen, dort, wo es eng geworden ist, wo dann wirklich die Namen drinnen gestanden sind, dagegen war. Das ist eine einfache Erklärung dieses Zahlenrätsels. Welche Passagen das betroffen hat, habe ich schon in meiner ersten Wortmeldung gesagt.

Die zweite Sache, auf die ich noch kurz eingehen wollte, das ist der Punkt der Wertentwicklung und der Energiepreise, nicht zuletzt auf Grund der Pressemeldungen von heute.

Wir sollten uns bewusst sein – und das ist auch eine Konsequenz, die wir zu ziehen haben aus dieser ESTAG-Affäre –, was ist die Rolle in Zukunft des Eigentümers und worauf soll sich der Eigentümer beschränken und wo soll dann das Unternehmen selbstständig und in Ruhe alleine weiterarbeiten können?

Wenn ich mir jetzt die jüngste Wortmeldung von der Frau Klubobfrau Dietrich anhöre, so wird das – sage ich als Grüner offen – nicht funktionieren, dass man im Landtag einen Gaspreis, einen Energiepreis festlegt. Wissen Sie, was unser Zugang ist? Beim Strompreis, zum Beispiel, hat die Steiermark ein Riesensproblem, weil die Grundgebühren zu hoch sind und hohe Grundgebühren sind unsozial, weil die zahlt ein jeder. Und hier hat der Eigentümer sehr wohl das Recht, mit der ESTAG ein ernstes Wort zu reden beziehungsweise mit ihren Töchtern und zu sagen, passt auf, das findet nicht unsere Begeisterung. Da müsst ihr euch etwas einfallen lassen. Andere Stromgesellschaften machen das nicht so. Wir sind hier Spitzenreiter. Aber dass wir Ihnen zurufen und sagen, der Gaspreis darf nicht um sieben sondern nur um fünf steigen, das kann ich mir nicht vorstellen, wie das funktionieren soll, nichts für ungut. Nichts für ungut! Ich sage das ganz offen, auch in Vorwahlzeiten. Was auch nicht funktionieren wird ist das, dass man dem amtierenden Vorstand Prädikate umhängt, dass sie eben irgendwelche Obsthändler aus der Oststeiermark seien. Da wird sich die Sozialdemokratie auch einmal aufrufen müssen und sagen, ja, was jetzt? Sitzen wir noch in dieser Regierung, haben wir noch unsere Leute, unter Anführungszeichen, im Vorstand, im Aufsichtsrat, ja oder nein? Wenn Sie der Meinung sind, das Management ist nicht in Ordnung, dann sagen Sie das und wenn Sie das nicht ändern können in der Regierung, dann ziehen Sie Ihre Leute zurück. Genau das ist die Ursache des ESTAG-Problems, dass niemand Konsequenzen zieht und nicht klar ist, wer trägt bitte wofür die Verantwortung.

Noch etwas ganz kurz zum Abschluss, zwei Punkte. Eine kurze Replik auf die Freiheitliche Partei, was ihren Aufsichtsrat da drinnen anbelangt. Ein Zitat von Frau Landeshauptfrau Klasnic, es ist so schön, es könnte aus diesem Magnolienbaum-Bücherl stammen. „Gleichzeitig habe ich auch immer dafür gesorgt, dass zum Beispiel der Herr Kollege Raidl auch einen Platz im Unternehmen bekommt, weil ich finde, wenn drei Regierungsparteien sind, dann sollen auch drei in richtigen Funktionen tätig sein. Ich habe Wert darauf gelegt, dass alle drei Parteien auch irgendwo einen Vorsitz haben.“ Das ist wie zu Weihnachten. (Beifall bei den Grünen.)

Die Landeshauptfrau als Christkinderl sorgt für alle ihre Kinder in der Regierung. Super – das ist genau das Problem. (Abg. Wiedner: „Es wird schon für Sie auch gesagt werden!“) Ja, man hat mir ein Angebot gemacht, man hat mir so ein Angebot gemacht! Ich habe dankend abgelehnt, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Wiedner. Und weil wir gerade beim Thema sind, wissen Sie, Frau Klubobfrau Dietrich, diese blau-schwarze Regierung jetzt in der zweiten Epoche hat schamloser und rücksichtsloser unfähige Leute in alle Posten hineingedrückt als die schwarz-rote das jemals getan hat. (Beifall bei der SPÖ.) Schauen Sie sich nur die Karriere von der Frau Forstinger und anderen entbehrlichen Spitzenpersönlichkeiten aus Ihrer Fraktion an!

Und noch etwas. Wir werden sicherlich – und ich denke, da können wir uns dann einigen, wieder alle vier Parteien – auch Konsequenzen ziehen müssen aus dem Umstand, dass etwa für den Untersuchungs-Ausschuss keine Geschäftsordnung besteht. Der Untersuchungs-Ausschuss hätte sicherlich – ich stehe nicht an, das zu sagen als Vorsitzender und habe auch eine Verantwortung dafür – in einigen Punkten mehr erreichen können. Und eine der Konsequenz, die wir daraus zu ziehen haben, ist das, dass wir im nächsten Jahr dann uns einmal zusammensetzen und beraten sollten über eine Geschäftsordnung, weil sollte es wieder einmal so einen Ausschuss geben, dann wäre es schade, wenn man nicht die Erfahrungen nützt, die wir jetzt sammeln konnten oder mussten.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.52 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Straßberger. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Straßberger: Verehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsglieder, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich bin schon weit über ein Jahrzehnt in der Politik oder darf tätig sein und erstmalig in einem Untersuchungs-Ausschuss. Obwohl ich kein zimperlicher Typ aus dem Mürztal bin, hat mich dieser Untersuchungs-Ausschuss trotzdem geschüttelt. Ich sage das politisch bis zur menschlichen Komponente. Für mich hat der Untersuchungs-Ausschuss fünf oder sechs Kriterien gehabt, die mich sehr nachdenklich gestimmt haben. Und zwar insbesondere die drei Anklägerparteien, wenn ich das so sagen darf, zum Einen. Es war eine politische Kindesweglegung der SPÖ, das sage ich ganz offen und es war der SPÖ jedes Mittel recht. Zum Zweiten Verlassen der Sachpolitik, wo wir abgeleitet sind – haben wir heute hier schon gehört. Das bewusste Verdrehen von Tatsachen, um nur politisches Kleingeld zu kassieren. Verehrte Damen und Herren, da ist eine solche Einrichtung wie ein Untersuchungs-Ausschuss meines Erachtens nicht geeignet. Und was mich am allermeisten getroffen hat, das war ein bewusstes Zufügen von seelischem und menschlichem Leid, verehrte Damen und Herren. Man hat auch gesehen, was in diesen Berichten drinnen steht und du, Frau Klubobfrau, hast es heute hier schon gesehen, es tut nicht gut, wenn man selbst dran ist. Du weißt genau, was ich meine. Eine Selbstüberschätzung und Selbstdarstellung par excellence, nicht zu überbieten. Verehrte Damen und Herren, über die wirtschaftliche Unkenntnis oder Kenntnis möchte ich mich hier nicht äußern.

Auf den Punkt gebracht: Es ist insbesondere der SPÖ nicht um die ESTAG gegangen, nicht um den Herrn Landesrat Paierl, nicht um den Landesrat Hirschmann, sondern ausschließlich darum, Frau Landeshauptmann Klasnic Leid zuzufügen und sie anzuschwärzen. Das ist der Punkt, verehrte Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn dann die zweitgrößte Partei, die immer plakatieren lässt „Verantwortung“ und so weiter, hergeht und so tut, als ob sie dort überhaupt nicht vorhanden wäre in der ESTAG. Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves, dieses Bild hier, wissen Sie, was das zeigt?

Wegschauen von der Verantwortung in der ESTAG! Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis! Das ist ja ungeheuerlich, so etwas! (Beifall bei der ÖVP.)

Was sich hier abspielt, ich lese – (Abg. Böhmer: „Falsche Interpretation!“) sei ruhig, du kennst dich nicht aus – ich lese hier, verehrte Damen und Herren, auf Seite 65 des SPÖ-Berichtes, und zwar wegen der politischen Verantwortung und wegen der politischen Mittätigkeit. (Abg. Wiedner: „Das ist ein Skandal!“) Ja, das werde ich dir aber dann zeigen bei dir!

Untersuchungs-Ausschuss, Landesrat Ressel, 29. April 2004 – hören Sie bitte gut zu!

„Das sind die Kreuzverflechtungen, die zwischen dem damaligen Vorsitzenden Heinzl und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hofer bekannt gewesen seien und ihm aber nicht bedenklich erschien.“ Die Vorstandsleitern Heinzl und Jeneral fanden die Verflechtung zwischen Vorsitzenden Hofer und verschiedenen privaten Unternehmungen, an denen auch die ESTAG beteiligt war, als unbedenklich. Herr Landeshauptmannstellvertreter, was sagen Sie denn zu so etwas? Wo war denn damals die Verantwortung der SPÖ von dem Beteiligungsreferent, von dem Eigentümervertreter, wo Sie die ganze Zeit landauf, landab gezogen sind?

Jetzt sage ich ganz offen etwas ganz Unanständiges und ich hoffe, ich bekomme hier keinen Ordnungsruf. Mit diesen dreckigen Inseraten haben Sie die Steirerinnen und Steirer bewusst falsch informiert, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben das Land schlecht gemacht. Sie haben die Unwahrheit gesagt! Das ist ja ungeheuerlich, was Sie in diesem Land überhaupt tun! (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt muss man sich schon die Frage stellen, ein Vorstandsleiter einer großen steirischen Bank, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender bei dem größten Landesunternehmen ist, der schreibt, es gibt gar keinen Skandal. Und Sie gehen landauf, landab und sagen, es gibt einen Skandal. Jetzt zitiere ich, Herr Präsident, dass ich keinen Ordnungsruf bekomme. Hofer deftig: „Mir war scheißegal, ob wer eine Nähe hat.“ Bitte, das sind Ihre Leute, Ihr Finanzreferent. Super! Das ist ein Vorzeigemann bitte schön, das ist ja ungeheuerlich! (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt auch eine zweite Meldung, ich zitiere nur. Heinzl – das ist Ihr Vorstandssprecher von der SPÖ, nominiert in die ESTAG. Heinzl sieht keinen Skandal, Fehler passieren laufend.

Na klar, wer arbeitet macht auch Fehler. Und Sie sind einer, der sagt, es gibt hier den Skandal, es gibt an und für sich, das Land ist schlecht und, und, und.

Wissen Sie was, und dann inserieren Sie noch, Sie wollen hier im Land Erster werden. Herr Landeshauptmannstellvertreter, darf ich Ihnen etwas sagen? Die Steirerinnen und Steirer wollen keine politischen Kleinformaten, sondern politische Verantwortungsträger wie Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu diesem Rechnungshofbericht, betreffend Organhaftungsklage, etwas sagen.

Natürlich sind hier Dinge passiert, die man sehr genau verfolgen muss. Aber wenn – das sage ich jetzt auch etwas kritisch – der Rechnungshof hier sagt, „es dürfte, es soll, wäre möglich, sehr wahrscheinlich, ist anzunehmen, große Wahrscheinlichkeit“, verehrte Damen und Herren, dann ist das nicht konkret. Vielleicht wäre es einmal gut, wenn der Rechnungshof sagt, „das ist oder das ist nicht“. (Abg. Hagenauer: „Die Gerichte entscheiden das!“)

Zu Ihnen komme ich auch noch, warten Sie nur, zu Ihnen komme ich schon noch.

Verehrte Damen und Herren, und wenn das undezidiert und so unscharf ist, dann muss man sicherlich auch andere Zurufe beziehungsweise Gutachter akzeptieren, dass man sagt, hat man hier eine Chance oder nicht. Denn eines möchte ich auch sagen – weil ich schon lange genug in der Politik bin –, ich denke zurück an den Pyhrn-Ausschuss, bitte schön. Da hat man auch geklagt und, und, und. Und die Kosten. Hintennach war es einem jeden Wurst. Wir wissen genau, wie diese Prozesse ausgegangen sind. Denken Sie einmal nach, Herr Vorsitzender.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur FPÖ sagen. (Abg. Wiedner: „Ja!“) Karl, ich würde das gar nicht so lächerlich finden.

Weil ja die FPÖ auch sagt, wir sind nicht dabei und wir haben mit dem nichts zu tun. Ich würde dir empfehlen, die „Klipp-Zeitung“ zu lesen, und zwar bezüglich Falschaussage vor Ausschuss von Herrn Aufsichtsrat Ing. Raidl. Lies dir das bitte durch. (Abg. Wiedner: „Ich habe es nicht gelesen!“) Dann darf ich das vortragen.

Er hat mit dem Dr. Gerhard Hirschmann vor einer Sitzung gesprochen, und zwar dass Raidl Order von FPÖ-Funktionären habe, Ditz nicht zu wählen und am 11. November des Vorjahres zum Ausdruck gebracht. Gerhard Hirschmann: „An diesem Tag konstituierte sich ein neuer Aufsichtsrat für die ESTAG. Gerald Raidl erklärte mir vor Sitzungsbeginn, dass er eine Order habe von der ihn nominiert habenden Fraktion, Herrn Dr. Ditz nicht zum Vorsitzenden mitzuwählen. Zur Dokumentation seiner Bedrängnis spielte er mir von der Mobil-Box seines Handys eine diesbezügliche Botschaft eines hohen FPÖ-Funktionärs vor. Daraufhin bat er mich, mit dem designierten Vorsitzenden Ditz vor Sitzungsbeginn ein Gespräch zu arrangieren, um diesem beichten zu können, dass er eben einem politischen Auftrag nachkommen müsse.“

Nicht von mir, aus einer Zeitung. Das muss man sich anschauen, verehrte Damen und Herren.

Darum sage ich: Schön vor der eigenen Tür kehren, denn dann weiß man erst, wie es an und für sich ausschaut.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, meine Zeit läuft ab, hier zumindest.

Frau Landeshauptmann, ich darf mich jetzt abschließend auch bei dir herzlich bedanken, und zwar weil du dieses schwierige Problem selbst sofort in die Hand genommen hast. Und niemand hätte gedacht, dass du die Beteiligungen selbst nimmst. Wir wissen genau, dass die in guten Händen sind. Na, sag etwas Gegenteiliges, brauchst nur die Zeitung lesen, Kurt.

Und wer die Berichte in den Medien verfolgt, weiß, dass das Unternehmen, das größte Landesunternehmen wieder gut auf Schiene ist. Verehrte Damen und Herren, natürlich hat es dort oder da Fehler gegeben, aber die SPÖ braucht sich nicht beim Verantwortungübernehmen davonstehlen. Ihr seid genauso dabei gewesen, oder nicht? Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.02 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Petinger.

Danach dann der Entschließungsantrag vom Herrn Abgeordneten Prattes.

Abg. Petinger (13.02 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren der Landesregierung!

Sehr beeindruckend, wirklich sehr beeindruckend, Kollege Straßegger, emotionell. Man kommt fast in die Versuchung zu glauben, ein verzweifelter Versuch, den schwarzen Vorhang, den der Kollege Klubobmann Drexler heute schon vor die ESTAG-Bühne gezogen hat, verzweifelt festzuhalten, damit man ja nicht hinter diesen Vorhang schauen und die Tatsachen erkennen kann. War sehr beeindruckend, ich darf das noch einmal sagen. (Abg. Mag. Drexler: „Theatervorhänge sind meist rot!“)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Wortmeldungen in diesem Untersuchungs-Ausschuss unterstreichen sehr gut diese ESTAG-Affäre, und zwar zwei Wortmeldungen des jetzigen Lobbyisten und ehemaligen Vordenkers der ÖVP, von Ex-Landesrat Dr. Hirschmann.

Bei seiner ersten Wortmeldung hat er Kant strapaziert. Den Philosophen in der Zeit der Aufklärung, wie er meinte. Berühmt wurde Kant aber auch mit der Formulierung einer These, und zwar des Kategorischen Imperativs. Dazu möchte ich am Schluss noch einmal etwas sagen.

Ex-Landesrat Dr. Hirschmann meinte aber auch, dass er dem Land ein Stück notwendiger Hygiene zurückgeben möchte. Das bedeutet wohl, dass etwas Unhygienisches passiert ist, geschehen ist, etwas, was nicht zu einer politischen Regel im Land Steiermark werden darf.

Beim Studium der Unterlagen würde dieser schwarze Abschnitt der ESTAG-Geschichte durchaus auch Stoff für einen spannenden Politkrimi liefern.

Meine Damen und Herren, die Geburtsstunde der ESTAG im Jahr 1996 war durch Beschluss der Landesregierung gewollt und eindeutiger Wille. Die bevorstehende Liberalisierung des Strommarktes wurde mehrfach als Grund dafür genannt. Der Gegenstand und die Zielsetzung des Unternehmens waren klar in den Satzungen vom Eigentümer – dem Land Steiermark – auch vorgegeben, und zwar „Verwaltung und Beteiligung an Unternehmen der Energiewirtschaft und der Ver- und Entsorgungswirtschaft, vor allem im Bereich des Landes Steiermark“. Die vorgegebenen Aufgaben bestanden auch darin, einen strategischen Partner zu suchen, der letztendlich in der EdF gefunden wurde, und im Landtag 1997 wurde die Beteiligung auch so beschlossen. Das Geld, wie heute schon einige Male bemerkt, blieb im Unternehmen.

Meine Damen und Herren, so weit, so gut. Bisher ist kaum etwas Aufregendes geschehen oder etwas passiert, was uns jetzt wirklich vom Hocker reißen könnte.

Aber genau jetzt kommt der entscheidende Moment für die ESTAG – das Wahljahr 2000. Der Magnolienbaum blüht auf. Die Eigentümerversantwortung wechselt von Landesrat Ressel zum Landesrat Paieryl, also von der SPÖ zur ÖVP. Und ein Paradigmenwechsel in der Verantwortung als Mehrheitseigentümer für das Unternehmen ESTAG hat stattgefunden. Völlige Privatisierung ist das oberste Ziel. Kernfremde Beteiligungen werden eingegangen. Weit überhöhte strategische Käufe werden getätigt. Die Stromerzeugung aus der Wasserkraft wird verscherbelt. Die Netzwerke, von denen Ex-Landesrat Paieryl und auch Ex-Landesrat Hirschmann so oft gesprochen haben, werden aktiv. Unbeeinflusste Vorstände und Aufsichtsräte holen sich Zustimmung bei ÖVP-Regierungsmitgliedern für Beteiligungen der ESTAG. Selbstverständlich haben sie nach eigenem Ermessen und unbeeinflusst entsprechend dem Aktiengesetz entschieden, aber in den meisten Fällen dem Kopfnicken oder der positiven Äußerung der Eigentümerversorger im Land Steiermark entsprochen. Die ESTAG wurde zum willkommenen Bauchladen für Projekte, die nicht direkt vom Landesbudget finanziert werden konnten, zum Beispiel Therme Ottendorf, Grazer Tiefgaragengesellschaft und Styrian Spirit. Überall waren die Netzwerke in verschiedenen Formen an den Firmen und Firmengeflechten beteiligt. Es war nicht mehr die Ausnahme, sondern es wurde zur Regel in der steirischen Politik. Und genau das, meine Damen und Herren, war längst ein heißes Thema in der verantwortlichen Regierungspartei – der ÖVP. Und genau das, meine Damen und Herren, hat Ex-Landesrat Dr. Hirschmann in seinen Wortmeldungen und in seinen Andeutungen über die Hygiene im Land Steiermark gemeint.

Kant hat auch Folgendes formuliert: „Handle so, dass die Maxime deines Handelns ein allgemeines Gesetz sein kann.“ Das bedeutet, meine Damen und Herren, dass es nicht zur Regel im Land Steiermark werden darf, Beteiligungen an Privatfirmen einzugehen, bei denen wiederum dieselben Personen beteiligt und mitbeteiligt sind, die letztendlich in den Vorständen und in den Aufsichtsräten über diese Beteiligungen entscheiden und mitentscheiden. Der Bundesrechnungshof spricht hier klar von Verflechtungen. Meine Damen und Herren, ich glaube auch, dass es nicht immer entscheidend ist, ob letztendlich ein Papier oder ein gemeinsames Papier produziert wird, das 70 Seiten hat oder 100 Seiten oder 150 Seiten, sondern dass über die gesamte Untersuchungszeit hinweg ein Aufarbeitungsprozess stattgefunden hat, der hoffentlich klar belegt hat, dass politische Macht nicht so verwendet werden darf, wie es in der ESTAG geschehen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hoffe, dass es hier klar und deutlich auch das dazu notwendige Verständnis in der Zukunft gibt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 13.09 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Prattes möchte einen Entschließungsantrag einbringen. Bitte.

Abg. Prattes (13.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf namens unserer Fraktion folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen.

Der Steiermärkische Landtag hat mit einstimmigem Beschluss vom 27. Jänner 2004 auf Antrag aller im Landtag vertretenen Parteien einen Untersuchungs-Ausschuss „zur Klärung der politischen Verantwortung für die Missstände in Zusammenhang mit der ESTAG, ihren Töchtern und Vorgängern und allen diesbezüglichen Beteiligungen“ eingesetzt.

Der Untersuchungs-Ausschuss beendete seine Tätigkeit mit der Sitzung am 17. November 2004 beziehungsweise der Sondersitzung des Landtages am 24. November 2004.

Zum Thema lag dem Untersuchungs-Ausschuss der Wahrnehmungsbericht betreffend die Energie Steiermark Holding AG., Einl.-Zahl 1970/1, vor.

Es wird daher der Antrag unterbreitet, der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungshof wird aufgefordert gemäß Artikel 127 Absatz 7 B-VG, spätestens in einem Jahr zu prüfen, ob die von ihm im Wahrnehmungsbericht mit der Einl.-Zahl 1970/1 festgestellten Mängel innerhalb der Energie Steiermark Holding AG. (ESTAG) beseitigt worden sind und den Vorgaben des Untersuchungs-Ausschusses beziehungsweise der Steiermärkischen Landesregierung für die ESTAG entsprochen worden ist. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 13.10 Uhr.)

Präsident: Danke für die exakte Formulierung. Herr Abgeordneter List bitte.

Abg. List (13.10 Uhr): Danke, Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren der Steiermärkischen Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Steiermärkischen Landtag, werte Anwesende!

Zu Beginn möchte ich mich auch bedanken, nicht so wie der Kollege Benni Bittmann, der sich nur bei seinem Klub bedankt hat, sondern ich möchte mich bei den Damen und Herren bedanken, für die es wirklich sehr, sehr schwer war, oft nicht leicht, die Arbeit, die Debatten im Untersuchungs-Ausschuss niederzuschreiben und diese umzusetzen, nämlich bei den Damen der Stenografenabteilung unter der Leitung der Landtagsdirektion, Herrn Hofrat Dr. Anderwald. Und diesen Damen und Herren, die dort arbeiten, gehört ein echtes Dankeschön für diese nicht einfache Arbeit gesagt. (Allgemeiner Beifall.) Klubarbeit ist selbstverständlich, unserem Klub und den Mitarbeitern der anderen Klubs.

Jetzt zur Geschichte Klipp-Leser wissen mehr, Kollege Straßberger. Aufsichtsrat Gerald Raidl wurde von den Freiheitlichen in den Aufsichtsrat entsandt. Das ist richtig. Es ist auch üblich, dass man mit diesen Mitgliedern des Aufsichtsrates oder mit den Damen oder Herren, die in Aufsichtsräte entsandt werden, Gespräche führt, das ist bei uns üblich. Ich nehme auch an, dass es bei der ÖVP und bei der SPÖ ähnlich ist, dass man dort das eine oder andere bespricht. Aber zu dieser Geschichte, dass der Kollege und Ex-Aufsichtsratsmitglied Gerald Raidl den Herrn Ditz nicht wählen soll oder nicht wählen darf, das war überhaupt nicht notwendig zu sagen. Denn ein echter Freiheitlicher wie der Gerald Raidl weiß, dass das, was die Frau Landeshauptmann aufzubieten hat, nämlich das Beste, den Herrn Ditz, den braucht ein Freiheitlicher nicht wählen, denn wir wissen, was er verbockt hat in der Bundesregierung beim ehemaligen Ditz-Kurs. Damit hat er Schiffbruch erlitten. Das weißt du ganz genau, Kollege Straßberger. Das zur Geschichte Gerald Raidl.

Und warum ich mich eigentlich zu Wort gemeldet habe. Ich möchte einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der freiheitlichen Mitglieder des Untersuchungs-Ausschusses einbringen, der Kollegin Klubobfrau Waltraud Dietrich und des Kollegen Karl Wiedner mit der kurzen Begründung, der Untersuchungs-Ausschuss hat gezeigt, dass die zuständigen Mitglieder der Landesregierung ihre Eigentümerfunktion zu wenig wahrgenommen haben und dadurch eine negative Entwicklung in der ESTAG ermöglicht haben. Daher wäre es nötig, dass das zuständige Mitglied der Landesregierung sich in periodischen Abständen von der ESTAG über die Geschäftsentwicklung informieren lässt und diesen Bericht auch dem Landtag zukommen lässt.

Jetzt der Antragstext. Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ihre Eigentümerfunktion am ehemaligen steirischen Paradeunternehmen ESTAG dahin gehend wahrzunehmen, dass sie vom Vorstand der ESTAG Qualitätsberichte einfordert und einmal jährlich dem Landtag über die Entwicklung der ESTAG berichtet.

Geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag, im Interesse des Landes Steiermark und im Interesse des Unternehmens ESTAG ersuche ich um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der FPÖ. – 13.14 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Bachmaier bitte.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, meine Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Ausführungen befassen sich mit den Vorgängen rund um den Rücktritt und die Neubestellung von Aufsichtsräten, die Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie die nachfolgenden Abfertigungszahlungen. Die Aufsichtsräte Ertler, Held und Hofer sehen ihre Rücktritte als eigene Entscheidung. Auch Landeshauptfrau Klasnic hat dies bei der Befragung im Untersuchungs-Ausschuss so gesehen. Gemäß Medienberichten bedauerte sie sogar diese Rücktritte. Trotzdem gelang es ihr, sich öffentlich als Problemlöserin und als Person zu verkaufen, die den Aufsichtsrat ausgewechselt hat. Frau Landeshauptfrau Klasnic war es auch, die die neuen Aufsichtsräte ausgesucht hat. Sie zeigte sich auch stolz auf ihre Auswahl. Damals gab es noch Landesrat Paierl, dennoch aber war für Landeshauptfrau Klasnic anscheinend klar, dass es auf Dauer um ihren Vorsitzenden des Aufsichtsrates geht, und nicht um den von Paierl. Der Aufsichtsrat wurde jedenfalls ab November 2003 von Personen geführt, die das besondere Vertrauen von Frau Landeshauptfrau Klasnic genossen. So wurden unter anderem persönliche Beziehungen aufgebaut, was Aufsichtsratsvorsitzender Ramsauer so auch bestätigte. Die Abberufung des Vorstandes war während der gesamten Dauer der Affäre ein Thema. Bereits am 23. Dezember 2003 wurde Landeshauptfrau Klasnic durch Aufsichtsrat Ramsauer über die mögliche Abberufung des Vorstandes informiert. (Abg. Bittmann: „Ist das eine Lesung?“) Etwas Besseres fällt Ihnen nicht ein, Herr Kollege? Das ist aber wirklich traurig! (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Information haben Sie, Frau Landeshauptfrau, übrigens Vorstandsdirektor Hirschmann am 7. Jänner 2004 vorenthalten, obwohl Sie von Hirschmann darauf angesprochen wurden. Landeshauptfrau Klasnic muss signalisiert haben, dass sie eine Abberufung von Hirschmann in Kauf nimmt, ansonsten hätten Ditz und Ramsauer eine zweifelhafte En-bloc-Abstimmung bei der Suspendierung des Vorstandes sowie eine Entlassung beziehungsweise Abberufung von Hirschmann alleine mit der Stimme von Ramsauer und zwei Franzosen sicher nicht betrieben. Auch Paierl hat am 23. Februar 2004 gegenüber dem ORF diese Vorgangsweise sogar gelobt. Juristischerseits wurde die Vorgangsweise bei der Suspendierung und Abberufung als rechtswidrig massiv kritisiert. Durch die En-bloc-Suspendierung war es einzelnen Aufsichtsräten nicht mög-

lich gegen die Suspendierung von Hirschmann zu stimmen. Es ist geradezu widersinnig, denjenigen, der Missstände aufdeckt, eben deshalb zu entfernen. Man hat hier das falsche Lamm geschlachtet, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Geradezu wie ein Hohn wirkt für mich das danach von Frau Landeshauptfrau Klasnic für Hirschmann ausgesprochene Lob.

Was die Abfertigungszahlungen betrifft, verweise ich auf den Landtagsbeschluss vom 10. Februar 2004, der mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und den Grünen gefasst wurde und mit welchem die Landesregierung aufgefordert wurde, die Abfertigungszahlungen ruhen zu lassen. Landeshauptfrau Klasnic, am 9. September 2004 zu dieser Missachtung des Landtages befragt, versuchte sich mit dem Hinweis aus der Affäre zu ziehen, sie wäre im März noch nicht Beteiligungsreferentin gewesen.

Man hat zeitweise das Gefühl, dass Sie sich, Frau Landeshauptfrau, bei manchen Ihrer Handlungen nicht genau bewusst sind, ob Sie gerade Eigentümervertreterin sind oder nicht. Beim Thema Ehrenkodex, Palais Herberstein, Aufsichtsratsbestellungen und so weiter waren Sie noch nicht Eigentümervertreterin, haben aber sehr wohl als solche agiert.

Meine Damen und Herren, als Beschäftigte der Arbeiterkammer bin ich tagtäglich mit dem Arbeitsrecht befasst und ich kann Ihnen sagen, dass es im normalen Arbeitsleben undenkbar wäre, bei einer Entlassung eine Abfertigung zu bezahlen. Die Unternehmer in der Privatwirtschaft würden sich bedanken.

6 Millionen Euro an Kosten sind wahrlich keine Kleinigkeit. Mit diesem Geld hätte man eine Strompreiserhöhung für Jahre vermeiden können! (Beifall bei der SPÖ.)

Auf der einen Seite wird, mit Duldung der Frau Landeshauptfrau, mit beiden Händen das Geld aus dem Fenster geworfen. Auf der anderen Seite wissen tausende Steirerinnen und Steirer nicht, wie sie im Winter die Heizkosten aufbringen.

Diese Vorgangsweise müssen Sie, Frau Landeshauptfrau, den Leuten draußen einmal erklären. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.21 Uhr.)

Präsident: Vorläufig letzte Wortmeldung Herr Abgeordneter Drexler.

Abg. Mag. Drexler (13.21 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Regierungsmitglieder!

Eine kurze formale Wortmeldung.

Zum einen darf ich eine punktuelle Abstimmung bei den Beschlussanträgen beantragen, und zwar dergestalt, dass man die Punkte eins bis neun und 13 in einem, die Punkte zehn, elf und zwölf aber einzeln und somit punktuell abstimmt. Das ist der eine Hinweis.

Der zweite Hinweis, der auch praktisch formaler Natur ist, ist jener: Im Zusammenhang mit der von Kurt Gennaro eingeforderten Behandlung der Themen Tarifbeirat, Betriebskostenhärtefonds und Wohnbauförderung Neu, was ein SPÖ-Antrag ist, darf ich darauf hinweisen, dass ich sowohl im Juli als auch unlängst schriftlich an die anderen Klubs mit der Bitte um Termine respektive ursprünglich mit Terminvorschlägen herangetreten bin. Es hat auch Gespräche darüber gegeben. Termin ist bis dato keiner zustande gekommen, aber es ist ein Termin vereinbart, nämlich der 17. Dezember, 9 Uhr. Das ist reichlich spät, das ist richtig, Kurt, das ist reichlich spät. Aber ich muss den Vorwurf zurückweisen, dass das allein an mir liegt, dass dieser Termin so spät zustande kommt. Ich glaube, da haben wir jeweils zu 25 Prozent dafür Verantwortung, dass der Termin erst am 17. Dezember ist.

Ich hoffe – und so habe ich die Wortmeldung des Kurt Gennaro verstanden –, dass es dort zu einem konstruktiven Gespräch kommt und dass wir über die angesprochenen Themen möglicherweise eine entsprechende Einigung finden werden. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.23 Uhr.)

Präsident: Wortmeldung Frau Landeshauptmann bitte.

Landeshauptmann Klasnic (13.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem heutigen Sonderlandtag ist das Wort Verantwortung sehr, sehr oft angesprochen worden. Ich möchte an diesem Platz – den für mich besonderen Platz des Landeshauptmannes – innerhalb dieser Stube im Landhaus, dieser Landstube sagen, ich fühle mich verantwortlich als Landeshauptmann. Ich habe es im Untersuchungs-Ausschuss gesagt, ich sage es draußen bei den Menschen und ich sage es hier in dieser Stunde. Ich sage es auch den Damen und Herren Abgeordneten. Ich fühle mich verantwortlich, hauptverantwortlich, in allen Bereichen mit dabei zu sein, ich fühle mich verantwortlich, unabhängig welches Ressort es betrifft, weil wenn man sagt, dass man in einer Regierung die Hauptverantwortung hat, dann hat man sie zu übernehmen in schwierigen und in guten Situationen. Und bei dieser Aussage bleibe ich. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist heute in einer relativ kurzen Zeit ein Teil der Aussagen im Untersuchungs-Ausschuss angesprochen worden.

Ich möchte einmal danke sagen dem Vorsitzenden und allen Damen und Herren aller Fraktionen, die viele Stunden, viel Zeit, viel Kraft gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingebracht haben, um in diesem Untersuchungs-Ausschuss einige Erkenntnisse, auch heute angesprochene Anregungen und vieles zu erarbeiten. Ich danke Ihnen für diese Leistung.

Zweiter Teil: Ich darf Ihnen sagen, dass dieses Haus Energie Steiermark auf Zukunftskurs ist. Ich könnte Ihnen jetzt vieles aufzählen, was wir in den letzten Wochen und Monaten gesprochen haben. Aber ich glaube, es ist unser gemeinsames Anliegen, dieses Leitunternehmen Energie Steiermark gemeinsam in eine gute Richtung zu führen. Und vieles auch, was der Kollege Hagenauer heute hier angesprochen hat, ist zum Teil schon umgesetzt, manches angenommen. Und ich sage noch einmal, es sind wichtige Anregungen der gesamten Gruppe dabei gewesen.

Aber ich möchte auch nicht anstehen, jenen zu danken, die im Hause dort arbeiten – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Aufsichtsrat, dem Vorstand, insbesondere dem Interimsvorstand. Stellvertretend nenne ich die Namen Dr. Ditz, Dr. Schachner-Blazizek und Dipl.-Ing. Aumont. Es ist vieles auf Kurs gebracht worden und wir können in eine gute Zukunft gehen, wenn wir es wollen.

Ich möchte aber eines sehr klar sagen, weil es wichtig ist. Im Rohbericht des Rechnungshofes – und wir diskutieren noch immer den Rohbericht, der Endbericht liegt noch nicht vor – (Abg. Gennaro: „Der wird auch nichts ändern!“) stand, ich zitiere: „Die Entscheidung, ob Klagen eingebracht werden sollen, ist jedenfalls von der ESTAG nach Abwägung des Unternehmensinteresses zu treffen.“ Nach Abwägung des Unternehmensinteresses – eine ganz wichtige und zentrale Aussage, die meiner Ansicht auch gewürdigt werden muss.

Und im Interesse des Unternehmens haben wir – und ich sage bewusst wir – als Fraktion Volkspartei in diesem Land einen klaren Weg eingeschlagen. Es gibt nicht nur die Gutachten der Experten, die vorliegen, sondern es hat sich heute zum Beispiel kein Geringerer als Univ.-Prof. Dr. Heinz Krejci, der anerkannte Wirtschaftsrechtsexperte der Universität Wien, gemeldet. Ich spare Ihnen die zwei Seiten, ich nehme den Schlusssatz, wo er schreibt: „Alles in allem kann ich der Hauptversammlung der ESTAG nur raten, sich der Meinung der bereits gefragten Experten anzuschließen und angesichts der doch sehr geringen Prozesschancen besser keine Haftungsklagen ins Auge zu fassen.“

Ich bin verantwortlich – das habe ich zu Beginn gesagt –, verantwortlich als Landeshauptmann, verantwortlich in der Regierung und im Hause Steiermark Energie als Eigentümervertreterin. Und als Eigentümervertreterin für dieses Unternehmen war die Entscheidung zu sehen, damit dieses Unternehmen in eine ruhige, aber in eine wettbewerbsfähige Zukunft gehen kann. Das haben sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das haben sich alle, die in diesem Hause wirken, verdient. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist der Auftrag! Einiges ist noch offen und es hat der Klubobmann gerade angesprochen, Tarifbeirat in allen Bereichen des Landes, dort, wo die öffentliche Verantwortung mitgetragen werden kann und wo man sagt, wie entstehen Tarife. Ich sage gleichzeitig dazu, dort, wo ich als Preisbehörde zuständig bin, so wie die Fernwärme, habe ich meine Aussendung schon gemacht, dass dies in dieser Form nicht stattfinden wird. Aber wenn ich vom Tarifbeirat spreche, hat der Herr Klubobmann auch den Betriebskostenhärtefonds angesprochen. Und ich sage es ganz ehrlich, es ist schade, dass sich dieses Gremium noch nicht gefunden hat, weil wir haben im Juli beziehungsweise schon im Juni über dieses Thema gesprochen. Ich würde Sie bitten, mit derselben Kraft, mit der Sie den Untersuchungs-Ausschuss begleitet und auch dort viel gearbeitet haben, sich auch in diese Frage hineinzuarbeiten, Termin abzustimmen, es ist auch das Thema Wohnbeihilfe dabei. Das Thema Wohnbeihilfe – (Abg. Kröpfl: „Herr Landesrat Seitingner will aber nicht einmal darüber reden!“) Der Herr Klubobmann und der Landtag – bitte, ich glaube, dem Landtag soll man doch das Recht nicht nehmen, dass er nicht verhandeln soll. Ich ersuche und ich bitte den Landtag im Interesse der Menschen dieses Landes, die von den Betriebskosten und ihrer Härte betroffen sind, diese Verhandlungen aufzunehmen. Ich bitte Sie darum!

In diesem Zusammenhang komme ich auch schon zum Schluss. Unser Land ist auf einem guten Weg. Die Steiermark hat Arbeitsmarktdaten, eine gute Wirtschaftsentwicklung, ist ein sicheres Land und es gibt sehr selbstbewusste Aussagen in unserem Land. Ich bin am vergangenen Samstag in Leoben gewesen. Der Bürgermeister von Leoben, der wahrlich keinen Grund hat, irgend etwas zu sagen, was nicht stimmt, hat es wörtlich zitiert. 56 Betriebe haben sich im letzten Jahr angesiedelt. Alle großen Spieler sind dabei, hat er formuliert, und schreiben Gewinne. Ein Zitat einer Gemeinde. (Abg. Kröpfl: „Das ist wieder diese Doppelbödigkeit, da ja und dort nein!“) Der Bürgermeister von Strallegg, einer anderen Gemeinde im oberen Feistritztal, sagt, jetzt habe ich nachgerechnet, 107 neue Einfamilienhäuser sind gebaut worden, auch in einer Region, die es wahrlich nicht leicht hat. Vieles davon wird in den nächsten Tagen, in der Budgetdebatte, hier in diesem Hause angesprochen werden. Ich bitte Sie und ich ersuche Sie, dass diese Stunden und die letzten Monate, so wie sie in unserem Land dargestellt sind, für uns alle ein Stück an Wirkung haben. Ich darf Ihnen sagen, mir sind sie Warnung, mir sind sie vor allem aber auch Wegweiser, auch weiterhin so zu handeln wie bisher. Die Anliegen und die Interessen der Steiermark, dieses Landes, auf den Platz eins zu stellen. Die Anliegen des Unternehmens an vorderster Stelle zu sehen und gemeinsam mit Ihnen diese Steiermark in eine gute Zukunft zu führen. Ich ersuche Sie, dabei zu helfen! (Beifall bei der ÖVP. – 13.31 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung zwecks Einbringung eines Entschließungsantrages von Herrn Abgeordneten Gennaro.

Abg. Gennaro (13.31 Uhr): Wortmeldungen in welcher Form immer, lasse ich mir nicht vorschreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt ein Problem. Ich kann jetzt nicht sagen, bitte nochmals um Ihre Aufmerksamkeit, weil das könnte mir schlecht ausgelegt werden und wenn ich fertig bin, kann ich nicht sagen, danke für die Aufmerksamkeit, weil sonst glauben manche, ich habe auch eine Aufmerksamkeit gekriegt, was nicht der Fall ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Liebe Frau Landeshauptfrau, Ihren Worten zu folgen, Tränen der Rührung muss ich sagen. Ich bin betroffen. Das Einzige, was ich Ihnen abnehme, war eine Aussage in der Öffentlichkeit, wo Sie gesagt haben, „ich glaube, dass man schon wissen muss, dass 100.000 Euro für diese so genannte kleine Aufmerksamkeit nicht wenig sind und dass manche Menschen viele Jahre dafür arbeiten müssen“. Das nehme ich Ihnen ab, dass Sie das ehrlich gemeint haben. Sie haben gesagt, wenn man Verantwortung hat, muss man sie auch tragen. Ich bitte Sie, nehmen Sie auch die Verantwortung. Sie haben gerade jetzt wieder uns versucht einzureden, dass die Klagen nicht möglich sind. Jetzt frage ich Sie, jetzt haben Sie schon wieder ein Gutachten heute zitiert. (Abg. Tasch: „Wir verstehen uns sonst gut, aber heute übertriffst du dich!“) Ich kann mich zu Wort melden, so oft ich will, meine Damen und Herren, nehmt das zur Kenntnis, werdet nicht nervös. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptfrau, nicht die Sozialdemokratie, nicht wir, haben gesagt – wir haben heute sehr lange diskutiert – und ich muss Ihnen ein Zitat vorlesen von einem, der sicherlich nicht verdächtig ist, ein Sozialdemokrat zu sein. In Sachen ESTAG ist die Frau Landeshauptfrau für einen Skandal, indem sie den alten unter den Tisch kehren will. Stromzählern schossen Tränen der Rührung in die Augen, als die rührende Klasnic nach dem rührigen Klubchef Drexler der Regierung Sparsamkeit in Sachen ESTAG empfahl. Jene Volkspartei, die zusah, wie der Konzern bedient, goldene Verträge geschlossen hat und große Prämien zu kleinen Aufmerksamkeiten wurden. Jene Volkspartei, die verjagte Vorstände mit Millionen abfertigen ließ, die Gutachten vom Rechnungshof, Ernst und Young, bestellte und statt der erhofften Persilscheine Klagempfehlungen erhielt, worauf sie teure Gegengutachten gegen die von ihr Bestellten einholte. Jene ÖVP, die statt ein Zeichen zu setzen und prozessiert, dass das nie mehr passiert, was tun Klasnic und Co.? Sie vergeuden Steuergelder für gefällige Juristentipps und finden trotz Rechnungshofempfehlung keinen Experten, der eine Klage empfiehlt. Eine spontane Empfehlung eines Juristen, vorerst einen Verantwortlichen für die Misere klagen, Landesanwälte mit kleiner Pauschale und hoher Erfolgsbeteiligung einsetzen und drittens, und das ist für mich das Wichtigste, Mehrheiten zu respektieren, Arbeiten vom Rechnungshof, Ernst und Young ernst nehmen, liebe Frau Landeshauptfrau.

Und ich möchte nur zum Kollegen Straßberger noch eines sagen. Weißt du, wir verstehen uns im Prinzip sehr gut und man muss trennen privat, politisch. Privat kann ich mit dir. Nur, wenn du da hergehst und eine Show abziehst, indem du sagst, du musst dich fast entschuldigen, weil du jetzt so ein schiaches Wort gebrauchst und du bezichtigst unsere Plakatserie als dreckiges Plakat, dann denke ich mir was dabei. (Abg. Straßberger: „Das ist Missbrauch!“) Pass auf, was ich dir jetzt sage. Passt auf, was ich euch sage, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe nicht gewusst, dass das der Umgangston der ÖVP ist (Abg. Straßberger: „Das ist ja ein alter Hut!“), weil ich muss jetzt das Zitat wiederholen, weil es wahrscheinlich einige gar nicht wissen, das passt jetzt zum dreckigen Plakat. Als Hirschmann im Ausschuss gesagt hat am 14. Juli seinerzeit: „Herr Landesrat Paierl, wenn wir zwei Jahre so weitertun, fährt der Konzern an die Wand!“ Christopher, du warst dabei. Er – Paierl – ist aufgesprungen und hat zu Hirschmann gesagt, jetzt wird es steirisch und bitte, es war in der Zeitung schon, aber ich wiederhole es jetzt, nur damit wir die Umgangssprache, die steirische Umgangssprache der ÖVP hören: „Du Trottel, du Arschloch, du kannst ja nicht einmal eine Bilanz lesen, schleich dich!“ Ich wusste nicht, dass das der Umgangston der ÖVP ist, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn man nur Namen zitiert und von Verantwortung redet, dann hätte ich heute gerne gewusst – ich habe mir nur ein paar Namen aus dem Bericht herausgenommen – weil immer nur Hofer, ich habe nie gehört Ditz, ich habe nie gehört Ertler, Fehringer, Held, Paierl, Hirschmann, Nietzsche, Ramsauer, Klasnic und, und, und, nur immer Hofer. Also ich muss sagen, der Hofer war es, der die ganze ESTAG überhaupt leben hat lassen, weil sonst hätte es sie ja gar nicht gegeben, weil die anderen waren nicht dabei. Hofer, jetzt haben wir ihn! Das ist der Schuldige! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, daher möchte ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der SPÖ-Abgeordneten Kröpfl und Genossinnen und Genossen einbringen.

Mehrere Beschlüsse des Steiermärkischen Landtages, die das Ziel hatten, die Strompreiserhöhung der SSG zu stoppen, wurden von der Eigentümervertreterin Landeshauptmann Klasnic ignoriert. Zitat. Der Landtagsbeschluss vom 27. April lautet – Auszug: „Sollte eine Beibehaltung des Strompreises nur mit Verzicht auf die Auszahlung der Dividende der ESTAG möglich sein, so müssen im Landesbudget entsprechende Budgetposten reduziert werden, vornehmlich im Bereich der Presseaktivitäten der Landesregierung sowie bei den Repräsentationskosten.“

Der Landtagsbeschluss vom 22. Juni 2004 lautet:

Vorrangiges Ziel ist es, einen günstigen Strompreis für alle Steirerinnen und Steirer, also nicht nur für die Industriekunden zu gewährleisten.

Zweitens: Daher sind alle Maßnahmen auszuschöpfen, um eine Strompreiserhöhung per 1. Juli 2004 zu verhindern. Bezeichnend und entlarvend für den Versuch einer Klientel-Politik der ÖVP ist, dass der von Landeshauptmann Klasnic eingebrachte Beschluss der Landesregierung vom 15. November 2004 als Empfänger-

kreis für den Landesbonus alle Kunden mit Haushalts- oder landwirtschaftlichem Bedarf an elektrischer Energie definiert, obwohl der vorher zitierte Landtagsbeschluss auf Basis eines vom ÖVP-Landtagsklub eingebrachten Antrages beruht und nur Haushaltskunden als Zielgruppe enthielt. Nicht zu akzeptieren ist allerdings – obwohl in den letzten Monaten zur Gewohnheit geworden –, dass Landeshauptmann Klasnic wieder einmal einen Beschluss des Steiermärkischen Landtages ignoriert. Im weiter vorne zitierten Landtagsbeschluss wurde festgehalten, dass es „vorrangiges Ziel ist, einen günstigen Strompreis für alle Steirer – also nicht nur für die Industriekunden – zu gewährleisten.“

Die Vorgangsweise von Ihnen, Frau Landeshauptmann, bedeutet, dass eine sehr wichtige Gruppe unserer Gesellschaft, die Klein- und Kleinstgewerbebetriebe, die einen maßgeblichen Beitrag zur Schaffung und Erhaltung der steirischen Arbeitsplätze liefern, nach dem Willen von Ihnen vom Landesbonus ausgeschlossen ist.

Dieser Fehler, Frau Landeshauptmann, diese Diskriminierung eines Berufsstandes muss korrigiert werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Empfängerkreis für den Landesbonus zum Ausgleich der mit 1. Juli 2004 vorgenommenen Strompreiserhöhung der STEWEAG-STEAG GmbH. um „Klein- und Kleinstgewerbebetriebe“ zu erweitern.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Und zum Minderheitsbericht der FPÖ sage ich gleich vorweg, obwohl einige Passagen drinnen sind, wo man diskutieren müsste, aber überwiegend können wir zustimmen und werden wir deshalb diesem Minderheitsantrag zustimmen.

Abschließend, liebe Frau Landeshauptfrau, im „Profil“ vom 9. April habe ich ein sehr beeindruckendes Bild von Ihnen gesehen. Ich würde Ihnen empfehlen, in der Kirche zu sitzen ist zu wenig, bitte handeln Sie. (Beifall bei der SPÖ. – 13.40 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir nunmehr zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der ÖVP zur Einl.-Zahl 1701/1, das ist der Tagesordnungspunkt 1, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Das ist die Minderheit.

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der SPÖ, Einl.-Zahl 1701/1, das ist der Tagesordnungspunkt 1, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Dieser Antrag bleibt in der Minderheit.

Die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der FPÖ zur Einl.-Zahl 1701/1, das ist der Tagesordnungspunkt 1, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Dieser Antrag bleibt in der Minderheit.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1701/1, das ist der Tagesordnungspunkt 1, hinsichtlich der Punkte eins bis neun und Punkt 13 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1701/1, das ist der Tagesordnungspunkt 1, hinsichtlich der Punkte zehn, elf und zwölf ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Landesbonus für Stromkunden, zu Tagesordnungspunkt 1 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Berichterstattung über die Entwicklung der ESTAG, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1970/2, Tagesordnungspunkt 2, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend weitere Prüfung der ESTAG, zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2042/1, das ist der Tagesordnungspunkt 3, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.
Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.
Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Weg einberufen.
Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 13.43 Uhr.)

